Nr. 164 • Ausgabe B Nr. 81
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 164

Abend-Ausgabe

Freitag, 8. April 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die neuen Gewaltmaßnahmen nach dem 1. Mai.

Die Drohungen des Kriegsministers Barthou.

Die Besetzung des Ruhrgebiets geplant.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 8. April.

Gleich nach der Ankündigung Briands, die gestern noch durch eine kurze Erklärung Barthous im Senat ergänzt wurde, niemand mehr über die französischen Absichten für den 1. Mai im Zweifel sein kann, werden täglich die Gründe für die „starke Methode" von der Presse wiederholt und durch Interviews und kraftstärkende Aufsätze unterstützt. Der Generalstabschef Foch hat mit den üblichen Freundschaftsversicherungen für Amerika einem Redakteur der „Chicago Tribune" auseinandergesetzt, daß Deutschland zahlen muß und kann. Foch ist gestern von Millerand empfangen worden, während Briand eine lange Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Wallace hatte, dem er angeblich die beschlossenen Zwangsmaßnahmen plausibel zu machen versuchte. Bei allen diesen Kriegsfanfaren fällt es auf, daß sich die Zeitungsstimmen mehren, die neue deutsche Angebote für den 1. Mai erwarten oder sogar wünschen. Es wird angekündigt, daß die vor Ostern in Paris eingetroffene deutsche Kommission, die über die Kohlenfrage verhandeln soll, unter der Hand auch über die gesamte Wiedergutmachungssumme sprechen würde, und daß Minister Simons auf die letzte Note der Vereinigten Staaten mit Vorschlägen antreten werde. Auch das „Echo de Paris", das sich über die Regierungsvorlage in Deutschland Gedanken macht und schon entweder Helfferich oder Müller als Kanzler sieht, ist davon überzeugt, daß ein neuer deutscher deutscher Vorschlag gemacht werden wird. Deutschland setze die Versuche fort, Amerika als Schiedsrichter zu gewinnen. Der Staatssekretär Bergmann habe mit dem früheren Delegierten der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission Norman Davis Beziehungen angeknüpft, durch die er verhindern zu wirken versucht. Es steht zu erwarten, daß die französische Regierung von seiten Englands und Amerikas einem starken Druck ausgesetzt ausgesetzt sein werde, wenn sie mit der Festigkeit, die gerecht ist, verfahren wolle, aber die englischen Freunde, die ja grundsätzlich entgegenkommend seien, würden schließlich auch formell zustimmen. Das „Echo de Paris" kündigt an, ebenso wie einige andere Zeitungen, die **Besetzung des Ruhrgebietes** und eine andere Maßnahme, über die jetzt nichts Bestimmtes gesagt wird, aber ein direkter **Eingriff in den deutschen Besitz durch Requisition** ist. Aber auch das nationalistische „Echo de Paris" schreibt: „Natürlich wären wir glücklich, wenn eine Einigung im Guten zu erreichen wäre. Aber es gibt ein Mindestmaß unserer Forderungen, unter das wir nicht heruntergehen können." Der „Petit Parisien", der zweifellos Informationen aus dem Kabinett Briand erhält, bedauert, daß die Rede Briands in Deutschland mehr Aerger als Nachdenken erregt habe. Die „Ere Nouvelle" meint, daß noch im Laufe des April eine Aussprache zwischen den Alliierten stattfinden müsse.

Hervé wendet sich im heutigen Leitartikel gegen Theodor Wolff, dessen Aufsatz über die Rede Briands im „Berliner Tageblatt" er das Musterstück unter den heftigen Artikeln nennt, die in der deutschen Presse erschienen sind. Nach diesem Artikel, der in einer der größten Zeitungen, dem Blatte der deutschen Demokraten, abgedruckt sei, könne man schließlich glauben, nicht der deutsche Kaiser, sondern die französische Presse sei am Kriege schuld gewesen. Theodor Wolff solle nur erst einmal abwarten, bis alle Sanktionen in Anwendung gekommen seien, dann würde er schon merken, daß sie nicht wirkungslos sind. Wenn die Berliner Presse in ähnlichen Tönen weiter schreibe, dann trage sie die Verantwortung für alles, was dem deutschen Volke geschehen kann. Noch merkwürdiger als dieser Artikel Hervés ist der letzte Aufsatz in der „Action française", in dem Léon Daudet Briand aufs heftigste angreift, weil er Pläne zu Deutschlands Schonung hege. Er habe das bereits am 24. März für Gewalt gegen Deutschland vorzugehen, die Zeit verstreichen lassen und er habe den 1. Mai als letzten Termin nur deshalb gewählt, weil er für diesen Tag revolutionäre Unruhen erwarte, die ihm erlauben würden, die Exekutionen aufs neue zu verschieben! Man müsse sich fragen, welches Spiel Briand eigentlich spiele. Natürlich ist alles, was Daudet schreibt, Torheit. Der Termin des 1. Mai 1921 ist nicht von Briand, sondern im Vertrag von Versailles festgesetzt worden. Am 24. März wurden die Sanktionen noch nicht voll angewendet, weil die alliierten Regierungen trotz der Beschlüsse von London wußten, daß eine Rechtsgrundlage für Anwendung von Gewalt vor dem 1. Mai nicht gegeben sei. Und wenn Daudet, wie es in seinem Artikel geschieht, andeutet, daß Briand mit den Kommunisten unter einer Decke stecke, weil die „Humanité" ihn schone, so ist das lächerlich. Denn Briand wird in keiner Zeitung so konsequent und so heftig kritisiert, wie in der „Humanité". Auch dieser Aufsatz Daudets beweist, daß trotz aller heroischen Töne in politischen Kreisen Bedenken gegen allzu schneidiges Vorgehen sich zu zeigen beginnen.

Paris, 8. April. (W. T. B.)

Gegen Ende der gestrigen Sitzung des Senats sagte Kriegsminister Barthou, wenn das besiegte Deutschland den Frieden nicht sicherstellen wolle, werde es fühlen, **daß Frankreich die Macht habe.** Er habe die „gefährliche Ehre", wenn es nötig wäre, die Hand zu führen, die Deutschland, nach dem Wort des Ministerpräsidenten, am Kragen packen werde. Aber er habe alle Aktionsmittel in der Hand. Schließlich behauptete der Kriegsminister, aus den Berichten des Generals Nollet gehe hervor, daß Deutschland eine Politik des Widerstandes und des schlechten Willens verfolge (!).

*

Wie wir hören, hat sich Kommerzienrat Guggenheimer von der München-Augsburger Maschinenfabrik A.-G. zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Frankreich über die Restitutionsfrage im Auftrage der Reichsregierung nach Paris begeben.

Harding beruft eine neue Ententekonferenz mit Deutschland?

Beratung der Reparationsfrage in Washington geplant.

(Telegramm.)

London, 8. April. (W. T. B.)

Einer „Times"-Meldung zufolge wird aus Washington berichtet, daß die an die Mächte gesandte amerikanische Note als Vorläufer einer Einladung zu betrachten sei, die Präsident Harding für eine Konferenz in Washington zur Regelung der interalliierten Schulden, des Währungsproblems, der Reparationsfragen und anderer Hindernisse für den internationalen Handel demnächst ergehen lassen wolle. Deutschland, England, Frankreich, Japan und Italien würden ersucht werden, Sonderdelegierte zu entsenden. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konferenz im Sommer stattfinden werde.

Paris, 8. April. (W. T. B.)

Stéphane Lauzanne kabelt dem „Matin" aus Washington, nach seiner Ansicht werde die Resolution Knox nicht vor Anfang Mai im Senat zur Diskussion gelangen. Es sei fast sicher, daß in einem neuen Paragraphen die politische Verantwortung Deutschlands für den Krieg und die notwendige materielle und moralische Wiedergutmachung betont werde.

Washington, 7. April. (Ltd. Tel.)

Aus Paris wird hierher gemeldet, daß Viviani von der französischen Regierung die Anweisung erhielt, alle Bemühungen, den Völkerbund zu retten, aufzugeben und seine ganze Kraft darauf zu konzentrieren, einen für Frankreich günstigen Zusatz zur Resolution Knox zu erreichen. Ob die französische Regierung mit der bekannt gewordenen Fassung des Zusatzes zur Resolution zufrieden ist, geht aus den Verlautbarungen nicht hervor. Knox verteidigte gestern den Standpunkt, daß seine Resolution und der Passus, daß ein Zusammenwirken der Freunde der Zivilisation bei einer Bedrohung des Friedens durch die europäischen Mächte erzielt werden müsse, wirksamer sei, als alle bisher auf dem Papier stehenden Abmachungen.

Im besetzten Düsseldorf.

Die Ansicht der Rheinkadetten. — Die Suppe. — Geldstrafen und Ausweisungen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Düsseldorf, im April.

Wenn man von Rheinkadetten spricht, könnte bei dem, der das Rheinland nicht kennt, der Eindruck aufkommen, es handle sich hier um eine Art neuer Orgelsformation, eine Orgelsmarine. Die Rheinkadetten sind aber nur die Eckensteher oder die Schusterjungen Düsseldorfs. Die Arbeit halten sie für ein zweifelhaftes Vergnügen der anderen. Sie selbst begnügen sich damit, in beschaulicher Ruhe, auf die Geländer am Strom gestützt, den Rhein zu betrachten und darauf zu achten, daß der Fluß nicht etwa hinterrücks sein Bett verläßt, bergauf strömt oder sonstwie auf Abwege gerät. Mitunter vermehrt der tüchtige Rheinkadett die Wassermenge im Rhein, was augenblicklich dringend nötig ist, durch kräftiges Spucken. Das ist aber auch die stärkste Anstrengung, die er sich gemeinhin gestattet. Dennoch hat es die neue Entwickelung Düsseldorfs mit sich gebracht, daß die Rheinkadetten einige Tage ihren Standort vom Rhein an das Parkhotel, den Sitz der französischen Delegation, verlegten. Sie mußten die neuen Gäste beobachten und auf eine leicht verständliche, volkstümliche Formel bringen. Es hat gar nicht lange gedauert, und sie haben den kulturellen Militarismus oder die militaristische Kultur, die das Rheinland von Preußen erlösen soll, mit ihrem Etikett versehen. Die Rheinkadetten stehen längst wieder am Fluß, wo die schönen Rheindampfer, einst nur mit bombenstarken Bowlen bestückt, nun aber mit Revolverkanonen und Maschinengewehren ausgerüstet von der Trikolore überflattert, ihnen Gelegenheit zum Spott geben. Und wenn ein Franzose vorübergeht, macht der Rheinkadett zu seinem Nachbarn hin nur eine hinweisende kleine Kopfbewegung und sagt die neue Formel her: „Mamsell, coucher, vill Jeld!", oder „Mamsell, promener, Schokolat!"

Das ist die neue Kultur aus der Rheinkadettenperspektive. Freilich, die Franzosen sähen sich gern aus einer anderen Perspektive betrachtet. Mit erkennbarer Absichtlichkeit haben sie den Amerikanern empfohlen, sich das mildtätige Frankreich anzusehen, wie es in Düsseldorf die Armen mit guter Fleischsuppe speist. Allzu zahlreich sind die Armen nicht, die davon profitieren, ja, man ist noch nicht einmal gewiß, ob Frankreichs Almosenempfänger überhaupt wirklich Bedürftige sind. Niemand hatte ja Lust, die Suppe auszulöffeln, bis sich der unabhängige Gewerkschaftsführer Agnes, wohl in Besorgnis um die kommunistische Konkurrenz, bereit fand, von den Franzosen die Suppe anzunehmen, die er vor einer deutschen Behörde gewiß als „kapitalistischen Bettelbrocken" in die Gosse geschüttet hätte. Jedenfalls ist die Suppenspeisung seit einigen Tagen im Gange. Auf Frankreichs Kosten, wie immer wieder von den Franzosen betont wird, weil böswillige deutsche Zeitungen gemeint hatten, auch diese Wohltätigkeit müsse ja schließlich Deutschland bezahlen. Nun gut, auf Frankreichs Kosten! Für die Deckung ist aber bereits gesorgt. Ein Bahnhofsbuchhändler hat die „Jugend" mit einer Verspottung Poincarés verkauft. Crimen laesae majestatis! 10 000 Mark Geldstrafe, acht Tage Haft. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Freien Presse" hat eine alte Nummer des „Wahren Jakob" in seiner Auslage gehabt. Gröbliche Verletzung des französischen Schamgefühls. Erfolg: 10 000 Mark Geldstrafe und 8 Tage Haft. Mehr als 40 Wirte haben die Vorschriften über Aushängen von Preistafeln nicht bis auf den i-Punkt erfüllt. Urteil: Geldstrafen bis zu 5000 Mark. Der Wirt des schönen Ananasberges in dem sprießenden, blühenden und singenden Hofgarten hat nicht dafür gesorgt, daß ein paar französische Offiziere vor allen anderen Gästen ihren Kaffee erhielten. Erfolg: Schließung des Betriebes und Kriegsgericht. Da der Fall nicht nach der 10 000-Mark-Schablone erledigt worden ist, wird er wohl erheblich teurer werden. Vielleicht bringt er soviel ein, daß in jede Suppenschüssel noch ein Suppenhuhn gelegt werden kann. Auf jeden Fall dürfte die Suppe der armen Düsseldorfer den französischen Haushalt nicht sehr belasten, denn für 10 000 Mark täglich könnte man sogar einiges mehr an Wohltätigkeit tun, wenn man es wirklich darauf abgesehen hätte.

Die Ablehnung der Suppenspeisung durch die Stadt, durch die berufenen Wohltätigkeitsvereine und fast sämtliche wirtschaftlichen Verbände hat den Ablehnenden bei der französischen Delegation die Kritik eingetragen, sie seien eine alldeutsche Preußengesellschaft, das heißt soviel wie reif zur Ausweisung. Einige Pariser Zeitungen haben ja schon die Parole ausgegeben, und das edle Organ des Unabhängigen Smeets, die „Rheinische Republik", hat sie in ihr „geliebtes" Deutsch übertragen: „Jagt die preußischen Saboteure aus dem Rheinlande!" Herr Smeets ist sehr hellhörig. Er versteht bereits in Köln, wenn man in Paris erst den Mund spitzt. Erprobt ist das Rezept bereits. Mit der Sipo begann man. Alle wurden abgeschoben, die in Oktelbien geboren waren. Offiziere aus alten rheinischen Familien mußten abwandern, weil ihre Väter zufällig in Berlin oder Königsberg in Garnison standen, als die Söhne geboren wurden. Gute Pommern und Ostpreußen aber, die ebenso zufällig in Köln geboren waren, durften bleiben. Militaristische Bureaukratie: der Geburtsschein entscheidet über die Gesinnung! Die Elbe trennt die Demokraten und die Monarchisten voneinander. Diese Erfindung der Franzosen ist ebenso viel wert wie die andere, daß die Rheinländer Franzosenfreunde wären, wenn sie nicht von den Preußen terrorisiert würden. In Paris aber scheint das Rezept der Abschiebung Anklang gefunden zu haben. Man wundere sich also nicht, wenn schließlich doch noch wenigstens der Versuch gemacht werden sollte, durch diese Kur das französische Phantom, genannt „Rheinische Republik", vom Tode zu retten!

Die Wirren in Kleinasien.

Die griechische Niederlage. — England und der Vertrag von Sèvres

M. J. Daß den Beschlüssen der Londoner Orientkonferenz kaum mehr als ephemäre Bedeutung beizumessen sei, konnte von Anbeginn nicht zweifelhaft sein. Der Gegensatz zwischen den englischen Interessen einerseits und den französischen und italienischen andererseits hinderte das Zustandekommen einer endgültigen Einigung. Die Griechen, die mit großen Hoffnungen nach London gekommen waren, kehrten enttäuscht in die Heimat zurück und trafen alsbald Vorkehrungen zu einer neuen Offensive gegen die Kemalisten in Anatolien. Anfängliche Erfolge konnten jedoch nicht befestigt werden, und nun ist, wie mehrfach schon zuvor, die strategische Initiative wieder auf den nationaltürkischen Generalstab übergegangen. Der griechische Vorstoß gegen Angora ist gescheitert, und Kemals Truppen nähern sich in Eilmärschen Brussa. Bald dürfte auch ihnen Einhalt geboten werden; das Endergebnis wird aller Voraussicht nach sein: weder Sieger noch Besiegte. England hat zwar seine Neutralität erklärt, fördert jedoch die Anleihevermittlungen des Gouverneurs der griechischen Nationalbank Karimos in London, so daß zum mindesten die finanzielle Unterstützung Griechenlands von seiner Seite nicht wohl bezweifelt werden kann. Eine Beisetzung des erbitterten Streits um den Vertrag von Sèvres ist nach alledem in absehbarer Zeit schwerlich zu erwarten. Vorläufig legt man auch offenbar in Downingstreet hierauf gar kein Gewicht. Die englische Orientpolitik wird dominiert von dem Bestreben, ein Uebergreifen der panislamischen Bewegung nach Indien hintanzuhalten. Konstantinopel sollte durch das „Porzellantraktat" den Türken entrissen und Kleinasien in mehrere selbständige, verschiedenen Mächten unterstellte Zonen geteilt werden, während als weitere Bollwerke die unmittelbarem englischen Einfluß unterstehenden Königreiche von Syrien und Bagdad errichtet wurden. Frankreich und Italien, die eine dauerhafte Pazifizierung des gesamten nahen Orients unter solchen Vorbedingungen als unmöglich erkannten, schienen anfangs in London mit ihren Ansichnungen durchgedrungen zu sein, so daß man in Paris bereits mit der Revision des Sèvres-Vertrages als einer vollzogenen Tatsache rechnete. Nun hat die, gewiß nicht ohne Englands Einverständnis oder zum mindesten Mitwissen unternommene, neue Offensive der Griechen alles wieder über den Haufen geworfen, und man ist so weit wie zuvor. Das Prestige der konstantinischen Regierung steht und fällt mit dem Vertrage; Kemal Pascha aber ist weniger denn je zur Nachgiebigkeit geneigt. Indessen — gewinnt England Zeit! Die „querelles orientales" werden also in Paris und Rom noch geraume Zeit hindurch Kopfzerbrechen verursachen.

Die Rückkehr des Ministers Dr. Simons.

Wie wir hören, dürfte der Minister des Aeußern, Dr. Simons, der sich gegenwärtig in Bern aufhält, am Mittwoch wieder in Berlin eintreffen.

Streikbeschluß des Dreiverbandes in England

London, 8. April. (W. T. B.)

Die Eisenbahner und die Transportarbeiter haben beschlossen, in den Ausstand zu treten.

≋ **London**, 8. April.

Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Premierminister und dem Grubenarbeiterbund waren äußerst schwierig, da der Ausschuß unter Führung von Herbert Smith, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden, unerbittlich auf seinem Standpunkt verharrte und sich die Regierung bis in die späten Abendstunden zu keinem Entgegenkommen bereit zeigte. Erst im letzten Augenblick erklärte Lloyd George sich bereit, einen Vermittlungsvorschlag des Arbeiterführers Thomas anzunehmen und eine Konferenz mit den Grubenarbeitern ohne die Grubenbesitzer einzuberufen unter der Bedingung, daß in erster Linie die Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Pumpenarbeiter besprochen und entschieden werden sollte. Die erste Konferenz zwischen Lloyd George und dem Ausschuß fand mittags 12 Uhr in Downingstreet statt und dauerte 40 Minuten. Außer Lloyd George, Chamberlain und Horne waren der Staatssekretär für die Grubenindustrie mit einigen Ressortchefs, der Handelsminister und der Ausschuß des Bergleute-bundes anwesend. Lloyd George wies darauf hin, daß nicht das Erlaufen der Gruben die Regierung veranlaßt habe, Verhandlungen zu suchen, wohl aber die Erkenntnis, daß, wenn die wiederholten Streiks andauern, die industrielle Stellung des Landes gänzlich ruiniert werden würde, wie dies in Rußland der Fall gewesen ist. Herbert Smith und andere Arbeiterführer antworteten, es sei nicht die Rede von einem Streik, sondern von einer Aussperrung. Die Führer der Grubenarbeiter nahmen kein Blatt vor den Mund, sie erklärten Lloyd George, wenn er einen Waffenstillstand während der neuen Verhandlungen wollte, sollten inzwischen allen Mitgliedern des Verbandes und nicht nur den Pumpenarbeitern unter der Fortsetzung ihrer Tätigkeit die alten Bedingungen gewährt werden. Lloyd George habe den Arbeitern während des Kriegs geraten, keine Sentimentalitäten zu kennen und nicht halb zu sein. Die Arbeiter hätten bereits zwei Feinde gegen sich, die ebenso schlimm seien, wie Deutschland, nämlich die Grubenbesitzer und die Regierung, und sie erinnern sich jetzt an Lloyd Georges Rat. Sie würden sich ihre Hauptwaffe nicht aus der Hand schlagen lassen, bevor die Friedensverhandlungen begonnen hätten. Darauf zogen beide Parteien sich zurück, um gesondert zu beraten. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung sagte Lloyd George, der Beschluß des Verbandes zeige eines der ernstesten psychologischen Mißverständnisse, die je von den Führern dieser großen Organisationen gemacht worden seien. Sie verständen ihre Landsleute nicht, denn sie dachten, daß diese sich durch Drohung einschüchtern lassen werden. Keine Regierung könne diese Bedingung annehmen. Später fand die Unterhaussitzung statt. Lloyd George teilte dort mit, daß die Verhandlungen mit dem Grubenarbeiterverband gescheitert seien, da es sich herausgestellt hätte, daß der Verband kein Entgegenkommen zeige, sondern volle Anerkennung seiner Forderungen verlange. Die Regierung, die sich auf die Mitwirkung der großen Mehrheit der Nation stütze, würde alles mögliche tun, um Herrin der Lage zu bleiben. Darauf fand eine sehr erregte Debatte statt. Man erhielt den Eindruck, daß die Arbeiterführer Thomas, Henderson und Clynes nicht einig waren hinsichtlich eines Beschlusses, die Pumpen arbeiten zu lassen. Gould, Koalitionsabgeordneter für Cardiff, der 8000 Arbeiter in der Stahl- und Schiffsbauindustrie beschäftigt, erklärte, die Regierung könne sich nicht von der großen Industrie zurückziehen, nachdem sie erst einmal mitgeholfen habe, die Industrie zu einem Chaos zu machen. Als Industrieller sei er von dem Untergang der englischen Industrie überzeugt, wenn die Kohlenpreise nicht herabgesetzt werden. Die Schuld, daß die Kohlenpreise so hoch seien, läge aber nicht in erster Linie an den Löhnen, sondern bei den Grubenbesitzern. Er gab zu, daß die Arbeiter versucht haben, die Unhaltbarkeit des privatwirtschaftlichen Systems zu beweisen, und daß der siebenstündige Arbeitstag viel böses Blut gemacht habe. Die Produktionskosten seien aber nur deshalb so hoch, weil die Grubenbesitzer durch fingierte Posten ihre Rechnungen künstlich hoch treiben. Gould machte schließlich den Vorschlag, einen Termin von drei Monaten festzusetzen, währenddessen das Verhältnis zwischen Regierung, Grubenbesitzern und Bergarbeitern unverändert bleiben soll. Die Arbeiter sollten eine Stunde pro Tag länger arbeiten und die Eigentümer auf jeden Gewinn verzichten. **Schließlich brachte Thomas den Vorschlag ein, die Frage der Wiederaufnahme der Arbeiten seitens der Pumpenarbeiter in erster Linie auf die Tagesordnung der neuen Verhandlung zu setzen. Lloyd George erklärte sich dann, wie bereits gesagt, mit diesem Vorschlage einverstanden.**

Der deutsche Gesandte in Prag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Prag, 8. April.

Der Abberufung des deutschen Gesandten Professor Sänger von Prag widmen selbst die extremnationalistischen „Narodni Listy" folgende Würdigung: „Dr. Sänger ist es gelungen, zwischen den beiden Nachbarstaaten gute Beziehungen herzustellen. Hierzu trug seine Voraussicht, aber auch sein Verständnis für die beiderseitigen Bedürfnisse bei. Es wird Sache seines Nachfolgers sein, die von Sänger geschaffenen günstigen Disposition zu erhalten und auszubauen." Die von Berlin verbreitete Meldung, der sächsische Minister Koch werde Sängers Nachfolger werden, wird Ihrem Korrespondenten als unrichtig bezeichnet; Koch hat abgelehnt.

Die Breslauer Frühjahrsmesse.

Günstiger Verlauf. — Guter Absatz

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Breslau, 7. April.

Die Breslauer Frühjahrsmesse ist am 5. April eröffnet worden. Heute, am dritten Tage, ist mit voller Sicherheit festgestellt, daß der Messe ein Erfolg beschieden ist. Die Räume hatten nicht ausgereicht, um alle Anmeldungen von Ausstellern zu berücksichtigen. Die Zahl der Aussteller mußte wieder wie bei der letzten Herbstmesse auf 1500 beschränkt werden, während etwa 700 Aussteller abgewiesen wurden. Der Riesenbau der Jahrhunderthalle nimmt eine stattliche Zahl von Ausstellern auf; die anderen Meßgebäude liegen in unmittelbarer Nähe. Die Gruppeneinteilung ist die gleiche wie bei der Herbstmesse. Es sind unterschieden: Gewebe und Bekleidung, Möbel und Innenausstattung, Drogen und Chemikalien. Erheblich vergrößert und neuausgebaut wurde die Abteilung für Papier, Papierwaren und Verpackungsmittel.

Einen natürlichen Vorsprung vor anderen Messen hat die Breslauer Frühjahrsmesse wieder durch ihre Textilabteilung, denn schlesische Weberei und Spinnerei sind für den gesamten deutschen Osten maßgebend, und schlesisches Leinen genießt Weltruf. Die leistungsfähigen schlesischen Fabrikanten stellen aus, aber auch von auswärts ist die Beteiligung sehr stark. Großhändler aus Berlin, Leipzig, Hannover, Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart, Krefeld usw. sind vertreten und äußern sich sehr befriedigt. Vor allem Stoffe, Leinen, Wolle und Strickwaren, auch Wäsche wurden verkauft. Der etwas geringe Absatz der Konfektion wird damit begründet, daß das Saisongeschäft bereits vorüber ist. Lebhaft war das Geschäft in Hüten, Mützen und Schirmen, namentlich jedoch in Schuhwaren. Die Aussteller von Haushaltsartikeln und kleinen Möbeln sind sehr zufrieden. Auch Galanteriewaren und Bijouterie, Zigarren, Liköre, überhaupt Genußmittel werden gut verkauft. Im allgemeinen gehen Massenartikel besser als Luxuswaren. In der Papiermesse sind manche Aussteller enttäuscht. Einige Firmen, die geschmackvolle Neuheiten ausstellen, haben jedoch gut verkauft, sogar nach Berlin und der Tschechoslowakei. Insbesondere wird allgemein das lebhafte Geschäft mit Oberschlesien hervorgehoben. Die ungeklärte politische Lage hält die wenigsten ab, mit dem reichen Oberschlesien weiter in engen geschäftlichen Verbindungen zu stehen. Es kommt der Breslauer Messe wesentlich zugute, daß die interalliierte Kommission Geschäftsreisenden die Einreise nach Oberschlesien verboten hat, denn nun sind viele Einkäufer von dort in Breslau erschienen; andere haben sich allerdings durch die Paßschwierigkeiten abhalten lassen, doch in anderer Beziehung haben die Maßnahmen der interalliierten Kommission den Besuch der Messe etwas beeinträchtigt. Aus Polen sind viele Einkäufer, die Messekarten bestellt und schon erhalten haben, nicht erschienen, weil die Durchreise durch Oberschlesien nicht gestattet wurde. Dennoch sind eine Anzahl Polen anwesend. Auch Einkäufer aus der Tschechoslowakei, aus Deutschösterreich und Rumänien, ferner Russen, Dänen und Finnländer sind vertreten. Das Auslandsgeschäft blieb jedoch in den ersten zwei Tagen ruhig.

Der Wert dieser Messeveranstaltung liegt nach den Aeußerungen maßgebender Aussteller hauptsächlich darin, daß das In- und Ausland über die Kraft und die Vielfältigkeit des deutschen Angebots unterrichtet wird. Es käme nicht so sehr auf die augenblicklichen Abschlüsse an, die auch befriedigen, als darauf, daß die Käufer sehen, daß in Deutschland wieder Ware da ist. Dieser Eindruck ist in der Tat auch auf der Breslauer Frühjahrsmesse sehr stark. Den zahlreichen Fremden bietet die Stadt Breslau auch außerlesene künstlerische Genüsse. Ein Meisterkonzert eröffnete die Meßwoche. Die Oper veranstaltete eine Reihe von Aufführungen, die auf der künstlerischen Höhe der besten Opernaufführungen anderer Großstädte stehen („Meistersinger", „Don Giovanni" usw.).

Für tausend Mark.

Herr Lebius und der „Bund Neues Vaterland".

Wie im Morgenblatt berichtet wurde, hatte sich gestern vor der zwölften Strafkammer des Landgerichts I der Hauptschriftleiter der „Staatsbürgerzeitung", Herr Rudolf Lebius, zu verantworten weil er in seinem jetzt nur noch einmal wöchentlich erscheinenden antisemitischen Skandalblättchen dazu aufgefordert hatte, führende Mitglieder des „Bundes Neues Vaterland" niederzuschießen. Wegen dieser Aufreizung zum Morde wurde Herr Lebius zu ganzen tausend Mark Geldstrafe verurteilt und das Gericht erklärte in der Begründung, es sei Herrn Lebius zweifellos nur darauf angekommen, „den nationalen Interessen zu dienen", und er habe „im Affekt gehandelt". Als Zeuge wurde der Schriftsteller Otto Lehmann-Rußbüldt vernommen, der, wenn wir nicht irren, Generalsekretär oder etwas Aehnliches beim „Bund Neues Vaterland" ist. Es wurde in der Vernehmung festgestellt, daß Herr Lehmann-Rußbüldt dem Berliner Korrespondenten des „Matin" Dinge erzählt hat, die ein Mensch von Ueberlegung und Verantwortungsgefühl am wenigsten dem Vertreter eines chauvinistischen Ententeblattes sagen darf, und daß er auch sonst sich in einer Weise verhalten hat, die sich weder mit Pazifismus noch mit edlen Menschheitsideen entschuldigen läßt. Das wird niemanden wundern, der Herrn Lehmann-Rußbüldt kennt, und es ist sicherlich bedauerlich, daß der „Bund Neues Vaterland", der während des Krieges sich durch tapfere Ueberzeugungstreue ausgezeichnete und damals zahlreiche ernsthafte politische Persönlichkeiten zu seinen Anhängern zählte, durch diesen konfusen, nicht ernst zu nehmenden Herrn um jede Bedeutung gebracht worden ist. Herr Lehmann-Rußbüldt besitzt seit Jahr und Tag auch uns mit Zuschriften, in denen er heftig und wortreich Kritik an unserer Auffassung innerer und auswärtiger politischer Fragen übt, und wir lassen seine Briefe in den Papierkorb gleiten, in den so viele, von der äußersten Rechten und der äußersten Linken kommende Dokumente dieser Art fallen. Trotz alledem: Herr Rudolf Lebius hat sich solchen Winken wohl besonders zugänglichen Leser aufgefordert, Mord taten zu begehen, und wenn das Gericht angenommen hat, er habe damit „den nationalen Interessen dienen" wollen, so ist das erstens eine etwas harmlose Auffassung und zeigt das Kindergemüt dieser Richter, und es ist zweitens auch nach keine Entschuldigung. Solche Entschuldigungen werden auch die kommunistischen Hetzer vorbringen können, die zum Morde aufgereizt haben, und wer nicht von „nationalen" Interesse spricht, kann von seinem Zorn über die Not des armen Volkes sprechen und hat dann auch nur von „im Affekt" gehandelt. Der Herr Staatsanwalt Hauptvogel hat gestern gesagt, es werde leider schon viel zu viel geschossen. Das findet das Publikum auch, aber es fängt an, sich zu sagen, daß für dieses „viel zu viel" jene Richter mitverantwortlich sind, die besonders solche Angeklagten, der heute mit „nationaler" Gesinnung prunkt, so wohlwollend beurteilen und einem Herrn Lebius nur tausend Mark Geldstrafe zudiktieren, nachdem er seine Getreuen zum gemeinen Mord aufgerufen hat.

* **In den Ruhlaer Schulstreik** hat jetzt die weimarische Regierung eingegriffen und den kommunistischen Oberlehrer Dr. Neubauer vom Amte suspendiert, ebenso den Bürgerschullehrer Zimmermann von der Ruhlaer Realschule. Beide haben durch kommunistische Agitation unter den Schülern der Realschule die Empörung der Eltern wachgerufen.

Ernst v. Possart †

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

Der frühere Münchener Generalintendant Ernst v. Possart ist in der vergangenen Nacht in Berlin gestorben.

In einigen Wochen wäre der alte Herr achtzig Jahre alt geworden. Seit einigen Jahren still, gewiß bedrückt von der Zeit, die so viele ihm liebe Erinnerungen auslöschte, hätte er sich gefreut, noch einmal genannt, in den beinahe schon vergilbten Lorbeerkranz ein grünes oder goldenes Reis eingeflochten zu sehen.

Nun blicken wir dem Toten nach. Wenn auch immer, sobald sein Name erwähnt wurde, ein kleines ironisches Lächeln schwebte, so war er doch, im Ganzen genommen, ein Mann, ein Kerl, eine Persönlichkeit. Berliner von Geburt, ehrgeizig, schönheitsfreudig, vielfach begabt, mit einem Herzen, das die letzten Direktiven gern vom Gehirn empfing, so ging er aus dem Berliner Friedrichs-Gymnasium ins Leben, anfänglich als unfreiwilliger Buchhandelsgehilfe, dann als williger Ephebe der Kunst, die ihn zuerst in dem berühmt gewordenen Dilettantenverein „Urania" krönte. Der Weg ging in die Höhe. Possarts Hamlet, später sein Carlos im „Clavigo", sein Antonius im „Tasso", sein Mephisto erweckten die Freude der Zeitgenossen.

Von den Kennern des jüngeren Possart leben nur noch wenige. Als er reifer wurde, als er Shylock und Nathan spielte, als er sie auf Gastspielreisen nach zwei Kontinenten mitnahm, war die Epoche ihm nicht günstig. Der Naturalismus verlangte Wahrheit, Lebenstreue, Verzicht auf Rhetorik. Und Possart war Rhetor. Er knüpfte damit an große Ueberlieferungen an, mußte sich aber nun sagen lassen, daß ihm fehlte, was jetzt von den Vermittlern dichterischer Gestalten am ehesten verlangt wurde: im hörenden Gewande äußerster Schlichtheit eine mitschwingende Seele. Inzwischen ist man von der Forderung strengster Lebenswahrheit wieder abgekommen. Unsere Schauspielkunst hat den Weg rückwärts zum „Schein" genommen. Zum mindesten wieder einiges von dem, was Possarts Stärke ausgemacht hat, wird von neuem beansprucht. Der alte Possart, der große Bühnensprecher, auf den das Wort von der „Intensität" bereits vor Jahrzehnten geprägt wurde, wird in den letzten Jahren oft gelacht oder gestöhnt haben, wenn er an den Wandel und immer neuen Wandel des Zeitgeschmacks dachte, der ihm selbst in den Jahren seiner Reife, von einigen Stimmen abgesehen, nicht freundlich gewesen ist.

Possart war organisatorisch sehr beähigt. Er war der gewandte Schöpfer seiner Erfolge beim Publikum. Er war darüber hinaus schaffensfroh, wagemutig und voll Ohr für die rapide Entwicklung Deutschlands und neu erwachende theatralische Bedürfnisse. Er ist Begründer oder Mitbegründer zweier Bühnen, von denen die eine unserem Herzen dauernd nahe steht: das „Deutsche Theater" in Berlin nennt ihn unter seinen Sozietären. Es war damals viel Impuls unter den Männern, die das neue Institut schufen, L'Arronge, Barnay (der letzte Lebende, auch bald ein Achtziger), Friedmann, Possart. Vielleicht allzuviel. Sie waren allesamt Zentralsonnen und keiner wollte im Schatten des anderen stehen. L'Arronges still wirkende, rechnerisch fundierte Tüchtigkeit behielt den Sieg. Possart ging wieder nach München, auf vertrauten Boden. Der „Hofschauspieler" hatte nun höhere Ziele. Er schuf das „Prinzregententheater", eine Wagnerstätte großen Stils, eine „Attraktion" für die Fremden. Die Münchener ehrten ihn sehr, er wurde Professor, Generalintendant und geadelt. Nur wenn man „Exzellenz" zu ihm sagte, lehnte er mit einer nach innen gewendeten Träne ab.

Regsam, umsichtig, beredt, nie zu ermüden war der kleine, äußerlich durchaus nicht „heldenhafte" Mann mit den vielen Orden. Tätig für die Standesinteressen, manchmal auch tapfer (wenn die Polizei allzu neugierig in Kunstbinge hineinguckte). Und bis vor wenigen Jahren immer eifrig, sich als Darsteller in Erinnerung zu halten. Nur nicht vergessen werden, nur den Leuten, nur diesen vermaledeiten jungen Lassen zeigen, daß man auch noch da, daß man der Possart ist. Er ging auf Gastspiele, verabschiedete sich, und weil die Trennung ihm so schwer fiel, verabschiedete er sich noch einmal. Es ist noch nicht lange her daß wir ihn hier sahen, als Nathan, als Rabbi Sichel. Er spielte sein großes Register nur noch mit Schattenhänden.

Nun kommt er zur Ruhe. Er starb im Hause seiner hiesigen, an den Kammersänger Hutt verheirateten Tochter. Denken wir seiner als eines Menschen, der viel erstrebt, vieles gekonnt, vieles geleistet hat.

≋ **Sarah Bernhards Aufnahme in London.** Sarah Bernhard ist, wir gemeldet wird, bei ihrem Eintreffen in London außerordentlich gefeiert worden. Nach ihrer ersten Abendvorstellung wurde ihr gestern von den namhaftesten englischen Schauspielern eine Huldigungsadresse überreicht, die über 100 Unterschriften von Kollegen und Kolleginnen englischer Zunge trägt.

☞ **Theaterchronik.** Im Neuen Volkstheater findet die Premiere von „Rose Bernd" mit Rose Liechtenstein, Beate Finck, Erich Papst, Paul Herm, Manfred Fürst und Erich Otto erst am 16. April statt. Am 9. April wird „Der Parasit", am Sonntag „Jugendfreunde" gegeben.

Im Theater am Nollendorfplatz ist „Der Vetter aus Dingsda" der Titel der neuen Oskar-Albermann-Operette, zu welcher wiederum Eduard Künnecke, der Komponist von „Wenn Liebe erwacht" und „Der Vielgeliebte" die Musik geschrieben hat. Die Erstaufführung findet noch in der ersten Hälfte dieses Monats statt.

☞ **Die Beobachtung der heutigen Sonnenfinsternis** war leider durch bedeckten Himmel erheblich gestört. Aber immerhin wurde mit dem großen Fernrohr der Treptowsternwarte eine ganze Reihe von Aufnahmen, besonders vom Beginn und Schluß der Verfinsterung, ermöglicht. Auch zwischendurch wurden Aufnahmen gemacht, sobald eine Wolkenlücke es gestattete. Ein Film mit der Sonnenfinsternis, der ebenfalls aufgenommen wurde, wird demnächst in der Treptower Sternwarte rollen. Im ganzen ist das Ergebnis verhältnismäßig günstig. Auch Laienpublikum hatte sich trotz für das ungünstige Wetter überraschender Anzahl eingefunden, um in den zahlreich aufgestellten Fernrohren das seltene Phänomen zu beobachten und den interessanten Vortrag Direktor Archenhold zu hören.

≋ **Moissi in Kristiania.** Alexander Moissis Auftreten als Gast im Nyolytheater in Kristiania hat bei Publikum und Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Seine Rezitationen, besonders aus Goethes und Heines Werken, riefen tiefsten Eindruck hervor. Das Theater hat eilends unter Moissis Regie Tolstois Zweiakter „Es ist an allem schuld" einstudiert, weil die Zuhörer allgemein verlangten, Moissi auch auf der Bühne zu sehen. Moissi ist für die nächste Spielzeit vom Nationaltheater für eine Reihe von Gastspielen verpflichtet worden.

m. Professor Grotjahn Reichstagsmitglied. Der Dozent narius für soziale Hygiene an der hiesigen Universität, Professor Dr. Grotjahn, ist an Stelle des Abgeordneten Franz Müller des Reichstages (S. P. D.) geworden. So hat nicht nur die Berliner Wissenschaft eine neue Vertretung im Parlament erhalten, sondern die gesamte öffentliche Wohlfahrtspflege ist dadurch aufs lebhafteste interessiert. Professor Grotjahn gehört zu den Führern der sozialen Hygiene und hat als Angehöriger des Medizinalamtes der Stadt Berlin, als Direktor des Heimstättenamtes und dann auch durch sich allseitige Anerkennung erworben. In einer großen Zahl deutscher Veröffentlichungen hat er zu den wichtigsten Fragen der Bevölkerungspolitik, Demographie, Medizinalstatistik, des öffentlichen Gesundheits- und Fürsorgewesens-Stellung genommen.

≋ **Peter Behrens an die Düsseldorfer Kunstakademie berufen.** Professor Peter Behrens, der jetzt in Berlin wirkende Architekt, ist an die Düsseldorfer Kunstakademie als Lehrer der Architektur berufen worden und hat die Wahl angenommen. Schon im vorigen Jahre hatte das Kultusministerium mit Behrens wegen Uebernahme des Direktorpostens der Königsberger Kunstakademie verhandelt, aber ohne Erfolg. Die Akademie in Düsseldorf leitet noch bis zum nächsten Jahre kommissarisch der wegen des neuen Dienstaltersgesetzes pensionierte Professor Roeder. In Düsseldorf, wo eine Anzahl seiner schönsten Bauten steht, hat Behrens gewirkt, ehe ihn die A. E. G. als künstlerischen Beirat nach Berlin berief.

Die Versklavung der öffentlichen Meinung.

Die Stinnisierung der Nachrichtenbureaus.

Wir hatten bereits vor einigen Tagen auf die schweren Gefahren hingewiesen, die für die Provinzpresse darin liegen, daß die Schwerindustrie allmählich ein Nachrichten- und Korrespondenzbureau nach dem andern aufkauft und es so in der Hand hat, die gesamte Provinzpresse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Jetzt beschäftigt sich auch die „Weltbühne“ in einem Aufsatz ausführlich mit der Erwerbung des Dammert-Verlages durch die Schwerindustrie. Wir lesen unter anderem:

Vor etwa zehn Jahren begründete der Chefredakteur Dammert, von der württembergischen Provinzpresse kommend, in Berlin ein Nachrichtenbureau, dazu bestimmt, politisch anspruchsvollen Zeitungen, die sich eine eigene Berliner Redaktion nicht leisten konnten, einen möglichst vollwertigen Ersatz für diese so wichtige Berliner Vertretung zu schaffen. Das Unternehmen gewann sich allmählich einen Ruf und hat sich durch manche schweren Zeiten, auch des Krieges, seinen guten Namen bewahrt — bis vor kurzer Zeit bekannt wurde, daß der Großkapitalismus auch die Korrespondenz Dammert an sich zu reißen bestrebt sei. Ursprünglich hatte der von dem deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg, dem Zeitungsfachmann des Herrn Stinnes, geleitete Vera-Verlag Herrn Dammert, der nach dem Kriege mit seinem Verlag in eine finanziell schwierige Situation geraten war, eine finanzielle Beteiligung und Beihilfe angeboten. Dammert hat, wie er erklärt, dieses Angebot abgelehnt, weil der Druck der Schwerindustrie auf sein Unternehmen dessen journalistische Neutralität hätte brechen müssen. Kurze Zeit darauf ward ihm von einer anderen Seite — nämlich von dem bekannten Konzern Ottmar Strauß — ein ähnliches Angebot gemacht. Dammert scheint in seltsamer Naivität geglaubt zu haben, daß mit den Großhändlerinteressen, als deren Vertreter er den Konzern Strauß ansah, leichter fertig zu werden sei als mit der Schwerindustrie. Auf die ausdrückliche Zusage hin, daß die Geldgeber keinerlei Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Haltung des Unternehmens ausüben würden, und daß er selbst Geschäftsführer des Unternehmens bleibe, entschloß sich Dammert, die Beteiligung anzunehmen. Die neuen Kredite sollten ihm, nach seiner festen Ueberzeugung und nach den Versicherungen der Geldgeber, die Möglichkeit bieten, sein eingeführte Unternnehmen zu einer umfassenden und unabhängigen deutschen Korrespondenz auszubauen. Man veranlaßte ihn zur Einrichtung großer Filialen, zur Anstellung neuer Kräfte, zur Erweiterung der Büros, zur Ausprobierung neuer Dienstarten, kurz: zu einer möglichst hohen Beanspruchung der Kredite. Dann aber erklärten ihm plötzlich seine Geldgeber, daß sie ihre Anteile an den Inhaber der Telegraphen-Union (das nach W. T. B. bedeutsamste Telegraphenbureau. D. Red.), Herrn Hugenberg, abzutreten beabsichtigen. Sie verlangten gleichzeitig von Dammert Abtretung seiner Anteile an Hugenberg; Niederlegung des Geschäftsführerpostens; Unterstellung des ganzen Unternehmens unter die Telegraphen-Union. Im Falle der Weigerung drohte man mit sofortiger Kündigung der Kredite. Diese Drohung bedeutete: Notwendigkeit sofortiger Konkurserklärung, Brotlosmachung sämtlicher Angestellten. Es blieb Dammert nichts übrig, als auf die Bedingungen einzugehen. Nur mit schwerer Mühe gelang ihm, wenigstens die Bedingung, daß er auch weiterhin in dem Unternehmen tätig sein müsse, zu beseitigen und sich selber freizumachen.

Dammert ist also aus seinemeignen, in zehnjähriger Arbeit aufgerichteten Unternehmen ausgeschieden, das jetzt der vom Großindustriekapital beherrschten Telegraphen-Union verfällt. Was hier vorliegt, ist: Diebstahl geistigen Eigentums; brutale Niedertrampelung eines journalistischen Lebenswerks; jedes Skrupels entbehrende Geschäftsintrige; großkapitalistisches Buschkleppertum.

Aber das ist bei weitem nicht alles. Was hier in größtem Stil vorbereitet wird, ist: die systematische Vernichtung aller unabhängigen, selbständigen Nachrichtenbureaus, die sich nicht freiwillig der Schwerindustrie ausliefern. Niemand vermag heute mehr zu sagen, wie weit dieser Prozeß schon fortgeschritten ist. Die Zahl der Zeitungen, namentlich aber der Nachrichtenbureaus, die noch nicht direkt irgendeiner Finanzgruppe des Herrn Stinnes unterstehen, ist erschreckend winzig. Kindliche Annahlme, daß es sich bei diesen Manövern etwa um Steuerflucht oder um Verbergung von Kriegsgewinnen handle. Es handelt sich um die planmäßige Unterminierung der Pressefreiheit, um die großkapitalistische Versklavung der öffentlichen Meinung, um die Errichtung einer einzigen großen Nachrichtenfabrik, die mit allen ihren Betriebs- und Betriebszweigen einzig und allein den Interessen der Schwerindustrie und des Großhandels zu dienen hat. Dies ist die Korrumpierung des gesamten politischen Lebens, die Zugrunderichtung der Moral der öffentlichen Meinung.“

Wir können uns diesen Schlußfolgerungen der „Weltbühne“ nur vollinhaltlich anschließen. Unseres Erachtens wird zum mindesten die demokratisch gerichtete Presse des Reiches die Konsequenzen daraus zu ziehen haben.

Noch keinen Schritt weiter.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Die Frage der Kabinettsbildung in Preußen war auch bis in die ersten Mittagsstunden keinen Schritt vorwäts gekommen. Die Fraktionen und der interfraktionelle Ausschuß hielten abermals Beratungen ab, ohne jedoch zu einem Resultat zu kommen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hält an ihrer Meinung fest, daß man zur alten Koalition in Preußen zurückkehren müsse. Zentrum und Demokraten sind jedoch anderer Ansicht. Die demokratische Fraktion vertrat in ihrer heutigen Sitzung den Standpunkt, daß unter allen Umständen der Ministerpräsident morgen gewählt werden müsse; sie wird sich jeder Verzögerung dieser Wahl widersetzen. Man müsse unter allen Umständen darauf hinwirken, daß der Ministerpräsident die volle Freiheit erhält, ein Programm aufzustellen, und auf Grund dieses Programms sein Kabinett zusammenstellt. Dann müsse weiter versucht werden, für das Programm dieses Ministerpräsidenten eine Mehrheit zu finden. Die Frage eines Beamtenministeriums kommt nicht in Frage; hiergegen würden sich die Demokraten unter allen Umständen wenden. Personalfragen sind überhaupt noch nicht diskutiert worden.

*

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt:

„Die von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Heilmann herausgegebene „Sozialistische Korrespondenz“ behauptet in einem Artikel über die preußische Regierungsbildung unter anderem, daß der Innenminister Dr. Koch „eine Belastung der demokratischen Partei“ darstelle, „die sie lange Wochen nicht mehr aushalten kann, ohne zusammenzubrechen.“ In der Sitzung des Vorstandes der Deutschen demokratischen Partei am Mittwoch wurden diese Angriffe als Zeichen sinnloser sozialdemokratischer Kampfesweise gebührend zurückgewiesen. Der Parteivorstand steht einmütig hinter dem Minister Koch und hält die sozialdemokratische Kampfesweise in einer Zeit, wo schwierige Verständigungsverhandlungen zwischen den Parteien schweben, für besonders ungeeignet und bedauerlich. Es muß auffallen, daß die sozialdemokratische Partei die Leitung einer mindestens parteioffiziösen Korrespondenz einem so wenig disziplinierten Manne anvertraut, wie es Herr Heilmann ist.

Verurteilte Aufrührer.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

▲ **Halle,** 8. April.

Das Sondergericht zu Torgau verurteilte 18 Kommunisten, die am 25. März die dortigen Kasernen zu stürmen und die Elbbrücke mit zusammengebundenen Handgranaten in die Luft zu sprengen versucht hatten, wobei zwei Angehörige der Reichswehr verwundet wurden, zu **Zuchthausstrafen von fünf bis sechs Jahren** und zu fünfjährigem Ehrverlust. Ein Teil der Angeklagten bezeichnete sich als Verführte und nahm das Urteil mit lautem Weinen auf. Als der Verbrecher, der beim kommunistischen Ueberfall des Vororts Ammendorf bei Halle Dynamit auf die dortigen Bahnhofsgebäude legte und durch Dynamit die Eisenbahnbrücke beschädigte, ist jetzt der Arbeiter Richard Schatz aus Halle ermittelt worden. Er hat in den Kämpfen mit der Schutzpolizei eine schwere Verwundung davongetragen und liegt jetzt in hoffnungslosem Zustand in der Klinik zu Halle.

b. Oldenburg, 8. April.

Der frühere Präsident von Oldenburg und Ostfriesland, der **Kommunist Kuhnt,** der sich nach Zusammenbruch seiner Herrschaft nach Sachsen begeben hatte und während des kommunistischen Putsches in der Eisleben Gegend von den Kommunisten angeblich als Lockspitzel entlarvt und festgenommen wurde, ist nach einer noch nicht bestätigten Meldung zusammen mit anderen Kommunisten in das Maschinengewehrfeuer der Sicherheitspolizei geraten und durch Kopfschuß getötet worden.

Königsberg, 8. April.

In Neu-Bärwalde bei Labiau ist der Kommunistenführer Belitz verhaftet worden, in dessen Besitz man ein Notizbuch mit detaillierten Angaben über die kommunistische militärische Organisation Ostpreußens fand. Die kommunistischen Truppen, ihre Standorte, ihre Einteilung und Bewaffnung waren genau verzeichnet.

Die Sokols in Oberschlesien.

85 000 Mann polnische „Selbstschutzwehr“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

p. Breslau, 8. April.

Die „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht polnische Geheimdokumente, aus denen hervorgeht, daß die Polen in Oberschlesien einen bewaffneten Selbstschutz unterhalten, der mit Waffen aus Polen versorgt wird. In dem streng vertraulichen Schreiben vom 5. Oktober 1920 des Oberkommandos (gezeichnet Zgierski) an die Bezirkskommandanten werden vier Stellen der deutsch-polnischen Grenze genau kenntlich gemacht, an denen unbeobachtet Waffen nach Oberschlesien herübergeschafft werden können. Ein anderes, ausdrücklich als „geheim“ bezeichnetes Schreiben der Hauptabteilung (Zolski) vom 2. Februar 1921 enthält eine Dienstordnung. Man beziffert die nationale polnische Bürgerwehr, die militärisch straff organisiert und politisch von Warschau geführt ist, auf etwa 85 000 Mann. Nach außen geben sich die polnischen Kampforganisationen das harmlose Aussehen von Rauchklubs und Geselligkeitsvereinen, um der Interalliierten Kommission gegenüber den Schein zu wahren. Die Beschwerden der deutschen Regierung in ihrer Oberschlesien-Note über den polnischen Terror werden durch diese Aufdeckung militärischer Organisationen der Polen in Oberschlesien unterstützt.

Politische Tagesschau.

* **Wie** wir von gutunterrichteter Seite hören, wird **die Mitgliederzahl des Reichskalirates** von 30 auf 36 erhöht werden. Besonders stark vermehrt wird der Einfluß der landwirtschaftlichen Verbraucher. Sie haben anstatt bisher vier künftig sieben Sitze. Außerdem wird der Reichsrat aus seiner Mitte ein Mitglied des Reichskalirates ernennen, das ebenfalls den landwirtschaftlichen Kreisen angehört. Vermehrt wird ferner die Zahl der Vertreter der Kalierzeuger und der im Kalibergbau beschäftigten Arbeiter um je ein Mitglied.

*

* Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, beruht die Zeitungsmeldung, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den Entwurf des **Reichsmietengesetzes zurückzuziehen, auf freier Erfindung.**

Die Deutschnationalen gegen die Einheitsgemeinde.

Ein Antrag im preußischen Landtag.

P. M. Die Deutschnationalen nehmen nach dem ihnen günstigen Ausgang der Landtagswahlen den Kampf gegen die Berliner Einheitsgemeinde mit verstärkten Kräften auf. Noch ehe das preußische Ministerium gebildet worden ist, haben die Herren Koch, Lüdicke, Kaufhold, v. Lindeiner und Genossen im Preußenhause einen Antrag eingebracht, der an die noch gar nicht existierende Staatsregierung das Ersuchen richtet, den unhaltbaren Zuständen in der neuen Stadtgemeinde Berlin abzuhelfen, den vereinigten Gemeinden durch Beschränkung der Zentralgewalt eine wirkliche Selbständigkeit zu geben und dabei zu prüfen, inwieweit der räumliche Umfang der neuen Stadtgemeinde Berlin zu beschränken sei. Die Einheitsgemeinde soll also äußerlich verkleinert und innerlich ausgehöhlt werden. Während bisher die sogenannte „Los-von-Berlin“-Bewegung sich nur sporadisch in einigen Randgemeinden bemerkbar machen konnte, ist offenbar beabsichtigt, jetzt alle Tendenzen, die auf die Zertrümmerung der Einheitsgemeinde hinzielen, einheitlich zu organisieren. Hätten diese Bestrebungen mit einem Erfolg zu rechnen, so bliebe von der Einheitsgemeinde nur noch ein Trümmerhaufen übrig. Denn man darf nicht etwa glauben, daß die Entwicklung der letzten Zeit rückgängig gemacht und die Vergangenheit ausgelöscht werden könnte. Die einzelnen Vorortgemeinden haben aufgehört zu bestehen. Sie könnten, schon wegen der finanziellen Mißwirtschaft, die von einem großen Teil in der Uebergangszeit getrieben wurde, nie mehr selbständig gemacht werden. Die Einheitsgemeinde ist eine Tatsache geworden, an der sich nicht rütteln läßt, wenn nicht ein allgemeines Chaos die Folge sein soll.

Auch wenn man voraussetzen wollte, daß die Antragsteller nicht über den vorläufig angedeuteten Rahmen hinauszugehen beabsichtigten, wäre ihr Ziel mit der Aufrechterhaltung einer lebensfähigen Gemeinde nicht vereinbar. Wie denkt man sich die Lösung des Problems, den räumlichen Umfang der Einheitsgemeinde zu beschränken? Sollen alle Gemeinden ausscheiden können, die es selbst wollen? Dann könnte es kommen, daß sich wieder, wie vor der Zusammenfassung, ein Netz von Einzelgemeinden um Berlin herumlegte, das die innere Stadt einschnürt und abwürgt. Eine gemeinsame Verwaltung der städtischen Werke und Anlagen, eine Vereinheitlichung des Verkehrs, eine einheitliche Finanzpolitik, eine großzügige Siedelungspolitik würden unmöglich werden. Die wohlhabenden Einwohner würden sich in einzelnen, freigewordenen Vororten zusammenballen und von dort aus die Einheitsgemeinde sabotieren. Und auf das gleiche Ziel läuft die Forderung einer größeren Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke hinaus. Wir sind immer dafür eingetreten, daß die Zentralgewalt nicht überspannt werden darf. Demgemäß ist auch den Verwaltungsbezirken ein erhebliches Maß von Bewegungsfreiheit gewährt worden. Ob es ausreicht, das kann man heute, wo die Verwaltungsbezirke kaum erst gebildet worden sind, unmöglich wissen. Sollte es sich herausstellen, daß in der einen oder anderen Richtung Modifikationen des geltenden Zustandes erforderlich sind, dann wird man auch vom demokratischen Standpunkt aus sich einer Abänderung des Gesetzes über Groß-Berlin nicht entziehen. Aber dazu müssen erst Erfahrungen gesammelt werden. Schon im jetzigen Augenblick, wo die Organisation der Bezirke nicht abgeschlossen, wo vielfach nicht einmal die Bezirksämter voll besetzt sind, gegen die Einheitsgemeinde Sturm laufen zu wollen, das wäre ein so verhängnisvoller Fehler, daß diese abschüssige Bahn von verantwortungsbewußten Politikern unmöglich betreten werden kann.

Wenn wir uns deshalb grundsätzlich gegen diesen aus Abneigung nicht bloß gegen die Einheitsgemeinde, sondern gegen Berlin überhaupt eingegebenen deutschnationalen Antrag aussprechen, so verkennen wir doch nicht, daß die sozialistische Mehrheit im Berliner Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung in vielen Fällen den von Selbstsucht diktierten Zersplitterungsbestrebungen der äußersten Rechten bequeme Vorwände gegeben hat. Die Kommunalisierungsexperimente, die allzusehr auf die Verhältnisse der inneren Stadt zugeschnittenen Steuerordnungen, die Rätewirtschaft in den städtischen Betrieben und manches andere hat zweifellos dazu beigetragen, die Bedenken gegen die Einheitsgemeinde auch in solchen Kreisen zu diskreditieren, die grundsätzlich für sie eintreten. Mit Zwang allein ist allerdings gerade auf kommunalem Gebiet nichts zu erreichen. Berlin muß seine Politik so einstellen, daß es in den eingemeindeten Orten moralische Eroberungen macht. Aber man muß doch der sehr schwierigen Uebergangszeit manches zugute halten. Und schließlich ist es das allzu lässige Bürgertum selbst gewesen, das die Uebermacht der sozialistischen Parteien schaffen half. Dieser verhängnisvolle Fehler kann wieder gut gemacht werden. Allzulange wird ja die jetzige Zusammensetzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung nicht bestehen bleiben. Wenn nicht früher, dann im Herbst werden Neuwahlen erfolgen müssen. Dann wird es Zeit sein, der kommunalpolitischen Vertretung der Einheitsgemeinde ein anderes Gesicht zu schaffen. Bis dahin müssen die heutigen Zustände, die ja nirgends als besonders erfreulich empfunden werden, ertragen werden.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

In der heutigen Vormittagsziehung fielen:
2 Gewinne zu 20 000 Mark auf Nr. 140 753.
4 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 119 497 213 971.
4 Gewinne zu 3000 Mark auf Nr. 22 135 128 942.
22 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 12 505 61 876 89 438 89 814 94 493 131 123 143 790 151 400 164 814 183 263 228 388.
82 Gewinne zu 500 Mark auf Nr. 7840 32 862 34 559 77 926 84 753 88 405 93 669 96 935 109 641 127 874 143 099 168 243 178 697 204 087 207 708 232 254.

Kein Verkauf des Truppenübungsplatzes Döberitz. Eine Ludwigshafener Zeitung brachte gestern die Meldung, daß der badische Anilin- und Stickstoffkonzern vom Reichsfiskus den Truppenübungsplatz Döberitz erworben habe, um in der Nähe Berlins große Industrieanlagen für die rheinische Industrie zu schaffen. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, entspricht diese Nachricht nicht den Tatsachen. Der Truppenübungsplatz Döberitz ist weder an den Stickstoffkonzern, noch an ein anderes Privatunternehmen verkauft worden, sondern bleibt vorläufig als Truppenübungs- und Unterkunftsplatz bestehen.

Stillegung des Gaswerkes in der Gitschiner Straße. Das Gaswerk in der Gitschiner Straße soll nach einem Beschluß der städtischen Direktion der Gaswerke und des Magistrats jetzt stillgelegt werden. Es handelt sich um das älteste Gaswerk II, das veraltet ist und schon vor Jahren teilweise stillgelegt werden sollte. Es werden dort noch etwa 1100 Arbeiter beschäftigt, die aber nur ebensoviel Gas erzeugen, wie 335 Arbeiter in dem neuen Gaswerk Neukölln. Dieses Werk könnte jedoch bei einigen technischen Aenderungen rund 100 000 Kubikmeter Gas nach Berlin abgeben. Für die Neuanlagen und Aenderungen hat der Magistrat Berlin schon 1¼ Millionen Mark bewilligt.

A. G. Ein Theaterschicksal. Am Dresdner Albert-Theater streiken die Darsteller. Ihrem Genossenschaftsobmann, Fräulein Anne Schönstedt, war eines Tages im Auftrage des Direktors durch den Portier das Betreten des Theaters untersagt worden. Direktor Willi hatte sich beleidigt gefühlt durch eine Aeußerung des Fräuleins Schönstedt, die sie in einer internen Mitgliederversammlung in ihrer Eigenschaft als Obmann der Bühnengenossenschaft getan hatte. Sie soll gesagt haben, daß Willi wegen künstlerischer Unfähigkeit keine Konzession mehr erhalten werde.

Vom 1. Juni ab ist das Theater an den Direktor des Bautzener Stadttheaters verpachtet worden, der es anscheinend zu einem Operettentheater umzuwandeln beabsichtigt (was Dresden wahrscheinlich sehr nötig hat, da es ein einziges Schauspielhaus und mindestens drei Operettenbühnen besitzt). Die Mitglieder des Albert-Theaters, die unter armseligen Gagenverhältnissen, ununterbrochenem Direktionswechsel, miserabler Wirtschaftslage des Theaters, ewiger Experimentiererei der „künstlerischen“ Leiter der letzten Jahre, Regielosigkeit und zahllosen anderen Unzuträglichkeiten wirklich schwer zu leiden hatten haben erst durch die Presse vom Ende der Schauspielzeit am Albert-Theater erfahren, stehen Ende Mai (bis auf zwei) ohne Engagement. Mittlerweile hat man sie infolge des Streiks (bis auf höhere Entscheidung) entlassen. Sie haben unter Gottfried Falkenhausens energischer Leitung eine Interimsbühne eröffnet, die in verschiedenen Sälen der Stadt spielt. Das ist die zweite Interimsbühne in der Geschichte des Albert-Theaters. Die erste schuf sich der erste Direktor Maximus René, der infolge von Streitigkeiten mit dem Aufsichtsrat mit dem größten Teil der Darsteller in den Volkswohlsaal zog und dort mehrere Monate lang wirklich wertvolles Theater gab. Wie es scheint, dürfte diese jüngste Phase der Albert-Theatergeschichte zu prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft führen; mit der ausdrücklichen Genehmigung der Genossenschaft war der Streikbeschluß herbeigeführt worden. Paulsen vom Dresdner Staatstheater, der Obmann des Landesverbands Sachsen der Genossenschaft, nimmt sich sehr entschieden der Sache der Streikenden und des Fräuleins Anne Schönstedt im besonderen an.

Es liegt hier offensichtlich ein Fall vor, daß der Funktionär der Genossenschaft, weil er die Sache seiner Kollegen mit Energie vertrat, ungerecht behandelt wurde. Wie die Entscheidung über diesen Fall und den Streik auch fallen mag, das Schicksal des Albert-Theaters, das unter Renés und Lichos Leitung viel versprach und manches leistete, das besteht, scheint nun nach sieben Jahren entschieden zu sein.

Kleine Mitteilungen. Der Deutsche Schriftstellerinnenbund feiert am 10. April im Café Leon sein 25jähriges Bestehen durch einen Empfang mit literarischen und musikalischen Vorträgen (Klara Viebig, Frida Schanz, Friede Boddin). — Alfred Olschki liest am 11. April bei Reuß u. Pollack Werke von Leopold Lehmann vor.

Kommunistenprozesse vor dem Sondergericht.

Drei neue Fälle abgeurteilt.

Die Verhandlungen vor dem Sondergericht des Landgerichts I wurden heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Braun fortgesetzt. Die erste Verhandlung, die sich gegen den Arbeiter Alfred Schumann wegen Anklebens von Zetteln richtete, in denen zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert wurde, mußte vertagt werden, da ein wichtiger Zeuge nicht erschienen war. Auf Antrag des Verteidigers wurde der Angeklagte aus der Haft entlassen. Als nächster Angeklagter wurde der Kaufmann Franz Fischer vorgeführt, dem die Anklage ebenfalls ein Vergehen aus § 110 R.St.G.B., öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, zur Last legt. Fischer hatte als Angestellter der Arbeiterbuchhandlung in der Annenstraße von der Parteileitung der kommunistischen Partei am Ostermontag den Auftrag erhalten, einen Wagen, der 70 000 Flugblätter geladen hatte, von der Druckerei zur Parteileitung zu begleiten. In diesen Flugblättern wurde zum Generalstreik zur Unterstützung der mitteldeutschen Arbeiterschaft aufgefordert. Der Angeklagte gab an, daß er vom Inhalt der Blätter keine Kenntnis gehabt habe. Der Vertreter der Anklage erblickte in dem Verhalten des Angeklagten eine Beihilfe zum Vergehen aus § 110 und beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Nach kurzer Beratung sprach das Gericht den Angeklagten frei. Die dritte Verhandlung richtete sich gegen den Schlosser Otto Peters, dem das gleiche Vergehen, wie im vorhergehenden Fall zur Last gelegt wurde. Er wurde von Beamten der Schutzpolizei dabei betroffen, wie er am Schiffbauerdamm Zettel anklebte mit der Aufschrift „Generalstreik als Antwort auf die Hamburger Morde!" Der Angeklagte gab zu, daß er die Zettel angeklebt habe; er will sie von einem Unbekannten erhalten haben. **Der Staatsanwalt beantragte gegen Peters eine Gefängnisstrafe** von sechs Monaten. Der Verteidiger wies darauf hin, daß zum Beispiel in Bremen zum Streik aufgefordert worden wäre, und daß das Reichsgericht damals ausdrücklich den Streik als eine verfassungsrechtlich erlaubte Einrichtung bezeichnet habe. Das Gericht verurteilte Peters zu drei Monaten Gefängnis. In der Begründung wurde ausgeführt, daß ein Generalstreik ja besonders die lebenswichtigen Betriebe treffen würde, und daß derjenige, der dazu auffordere, gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend den Schutz der lebenswichtigen Betriebe, verstoße.

Als nächster Angeklagter wurde der Klempner Reinhold Milde vorgeführt, dem das gleiche Vergehen zur Last gelegt wurde. Milde wurde am Ostermontag in der Stallschreiberstraße verhaftet. Man fand bei ihm ein Paket mit Zetteln, in denen zum Generalstreik aufgefordert wurde. Der Angeklagte will diese Zettel am Moritzplatz von einem unbekannten Mann erhalten und sie nur mitgenommen haben, um sie zu Hause zu vernichten. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte verhaftet wurde, bevor er noch dazu gekommen wäre, die Zettel zu verteilen, beantragte der Vertreter der Anklage seine Freisprechung. Das Gericht erkannte demgemäß.

Dezernatsverteilung im Berliner Magistrat. Oberbürgermeister Boeß hat heute endgültig den Vorsitz über die städtischen Werke und Kohle übernommen. Stadtbaurat Horten führt den Vorsitz über das Maschinenwesen und Wärmetechnik für Werke und Kämmereiverwaltung über Kohlen und sonstige Brennstoffe. Zu Verwaltungsdezernenten an den Gaswerken, Elektrizitätswerken und Kohlenamt ist Stadtrat Schlichting und an den Wasserwerken und der Zentrale Buch Stadtrat Benecke ernannt worden. Stadtrat Wage ist Vorsitzender der städtischen Güter und Forsten. Das Ernährungswesen wird von Stadtrat Wutzky geleitet. Kunst- und Bildungswesen sind dem Stadtrat Hoffmann übertragen worden. Die Lohn- und Tariffragen werden von Stadtrat Koblenzer bearbeitet. Die Jugendwohlfahrt leitet Frau Stadtrat Weyl. Der Oberbürgermeister hat ferner den Vorsitz über das Finanz- und Steuerwesen der Stadt Berlin übernommen.

Die Trauerfeier für Lorenz Adlon. Aus allen Kreisen sind heute zum Ableben des Hoteliers Lorenz Adlon Beileidskundgebungen eingetroffen. Die Beerdigung des Verstorbenen ist auf Dienstag festgesetzt worden. Um 11 Uhr vormittags werden in der St. Hedwigskirche die Zeremonien und anschließend die Beisetzung auf dem katholischen Kirchhof in der Liesenstraße stattfinden. Das Hotel Adlon, das bekanntlich auf dem Platz des vormaligen Palais Redern errichtet wurde, geht an die beiden Kinder Adlons, Louis Adlon und Frau Förster-Adlon über. Von seiner Gattin war der jetzt Verstorbene seit Jahren geschieden.

Das erste Hohenzollernaufgebot. Während früher bei Eheschließungen im Hohenzollernhause ein sogenanntes Aufgebot nicht notwendig war, ist jetzt infolge des politischen Umschwungs, der auch die Angehörigen des Hohenzollernhauses zu Privatpersonen gemacht hat, ein Aufgebot bei fürstlichen Eheschließungen erforderlich. So hängt zur Zeit im Rathaus zu Potsdam das erste Aufgebot dieser Art aus. Es wird dort amtlich bekannt gegeben, daß der Landwirt und Leutnant a. D. Prinz Albrecht Ludwig Leopold Tassilo beabsichtigt, mit Fräulein J. M. v. Friedeburg die Ehe einzugehen. Der Prinz ist der Sohn des Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, die Braut ist die Tochter des bekannten Generals v. Friedeburg.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, jedoch kühl, überwiegend bewölkt und etwas neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordöstlichen Winden.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski, Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Bilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

Berliner Fonds-Börse 8. April 1921.

Nicht einheitlich.

Bei nicht ganz einheitlicher Haltung begann die heutige Börse überwiegend ruhig. Nur auf einigen Märkten machte sich bei lebhafterer Geschäftstätigkeit eine festere Tendenz bemerkbar. Am Petroleummarkt, der wieder im Vordergrund des Interesses steht, laufen neuerdings wieder Gerüchte von einer schweizerischen bzw. holländischen Beteiligung um. Auch am Montanaktienmarkt ging es lebhafter bei grösstenteils steigenden Kursen zu, während Elektroaktien, die die letzten Tage gesucht waren, heute vernachlässigt wurden. Valuten waren wenig verändert bei stillem Geschäft.

Montanwerte: Bochum 500 (+ 25), Buderus 610 (+ 2), Hoesch 782 (— 7), Mannesmann 627 (+ 3), Phönix 671 (+ 12¾). Schiffahrtsaktien: Paket 186 (— 1¾), Hamburg-Süd 385 (+ 2), Hansa 335 (+ 2), Nordd. Lloyd 155⅝ (— 1). Chemische Papiere: Agfa 448 (+ 3), Anglo-Guano 389 (— 4), Elberfelder Farben 460 (— 9), Goldschmidt 771 (— 9), Oberkoks 516 (+ 6). Elektromarkt: Bergmann 844½ (— 7¼), Deutsch-Uebersee 1085 (+ 10), Elektr. Licht u Kraft 215½ (+ 3½), Ges. f. elektr. Untern. 214 (— 5), Sachsenwerk 320 (— 6), Schuckert 268 (— 10). Maschinenfabriken usw.: Adlerwerke 250 (— 5), Augsburg-Nürnberg 392 (+ 9½), Böhler 512 (+ 6), Hirsch Kupfer 370 (+ 3), Zellstoff Waldhof 490 (— 3), Deutsche Kali 383 (+ 6½), Westeregeln 555 (+ 10). Auslands- und Kolonialwerte: Otavi-Minen 491 (— 10), -Genuss 445 (— 8), Schantung unverändert 557. Bankaktien: Unverändert.

Verlauf: Schwankend. Hansa 332 (— 3), Buderus 607 (— 3), Harpen 482 (+ 5), Mannesmann bei lebhaften Umsätzen 627 à 639 à 634½, Phönix 667 (— 4), Rhein. Braunkohle 672 (+ 6), Anglo-Guano 392 (+ 3), Goldschmidt 777½ (+ 6½), A. E. G. 300 (— 4½), Deutsche Waffen 606 à 614 à 607, Zellstoff Waldhof 490 à 499, Deutsche Kali 388 (+ 5), Aschersleben 363 à 371 à 368, Westeregeln 555 à 575 à 568, Westsizilianer 100¾ (+ 4½).

Kassamarkt: Ziemlich fest.

Höher: Carlshütte 30, Alfeld-Gronau Papier 20, Ver. Glanzstoff-Fabr. 10, Düren Metall 16, Kunz 45, Greppiner Werke 15, Velbert Eisen 30, Deutsch-Niederländ. Telegr. 24, Wicking Cement 15, Warsteiner Gruben 15, Elsbach 29, Anhalter Kohlen 34, Kahlbaum 18, Ravensberger Spinnerei 20, Seebeck 15, Fein Jute 12, Sinner Brennerei 25.

Niedriger: Stassfurt chem. Fabr. 10, Sangerhausen Masch. 16, Germania Cement 6, Deutsche Asphalt-Ges. 20, Carl Berg 7, Kammerichwerke 6, Fürther Tafelglas 9.

Rentenmarkt: Deutsche Anleihen etwas fester. 3proz. Konsols 51¼ (+ ¼), 3proz. Deutsche Reichsanleihe 67½ (+ ⅜). Ungarische Renten schwächer. 4½proz. Ung. Staats 14 26¾ (— ⅝), 4proz. Ung. Goldrente 46¾ (— 1½). Mexikaner abgeschwächt. 5proz. Goldmexikaner 680 (— 2), 4½proz. Bewässerung 476 (— 4).

Freier Verkehr: Pomona 3775—3750, Dt. Kolonial-Anteile 6400—6425, Kaoko 125, Kolmanskop 153, Südsee-Phosphat 1712½, Sloman 2275, Mansfelder 5150, Heldburg 312—305, Ronnenberg 398—385, Dt. Erdöl 925, Dt. Petroleum 845, Russenbank 82, Petersburger Internationale Handelsbank 96½ à 95½.

Kurse gegen 2 Uhr: Schantung 555, -Genuss 1930, Dt. Petroleum 845, A. E. G. 302, Phönix 668, Dt.-Luxemburg 326, Gelsenkirchener 346, Oberbedarf 305, Rheinstahl 530, Harpener 478, Hohenlohe 260.

Markkurs (nach Privatmeldungen): Holland 4,66, Zürich 9.32½, Kopenhagen 8,90, Stockholm 6,87½.

Kosciusko-Noten 7,80—7,75, Kriesnoten 12,50.

Fortlaufend notierte Papiere. (Ohne Gewähr.)

Festverz. Werte		Fortlaufend. Kurse		Einh.-Kurse
R.-Sch.15 II	5			99.80
do. 1917 III	5			99.70
do.1916 IV-V	4½	80 87	81.	81.—
do.6-9 (Ag.)	4½	72 —	72.—	72.10
do.fäll.1924	4½	93.12	93.25	93.25
Dt. Rchs.-A.	5	77.50		77.50

Aktien	Div.	Fortlaufend. Kurse		Einh.-Kurse
Nat.Bk. f. D.	10v	204.75		204.75
Oest. Kred.	11½	64.75	64.62	64.90
A.-G. f. Anil.	18	448 —	444 —	444.
Adlerwerke	10	50. —	253.75	253.75
Allg. El.Ges.	14	304.—	303.	301.—
Angl.-C. Gu.	t	389.—	391.—	391.—
Augsb.Nrnb.	12	392.—	390.50	390.50
Bad.Anil.Sd.	18	556.	553	553.—

Bankdisk.	Devisen	8. 4. Geld	Brief	7. 4. Geld	Brief
5	Deutschland				
4½	Holland ... Gulden	2135.35	2139.65	2146.85	2151.15
7	Dänemark .. Kronen	1113.85	1116.15	1122.35	1124.65
7½	Schweden .. Kronen	1449.50	1452.50	14[illegible]	1481.50
7	Norwegen .. Kronen	991.50	993.50	996.50	998.50
8	Finnland finn. Mark	148.85	149.15	151.30	151.70
5	Schweiz ... Franken	1066.40	1068.60	1073.15	1075.35
5	Oesterr. (altes) .. Kr	—.—	—.—	—.—	—.—
5	Deutsch-Oest. Kronen	16.48	16.52	16.35½	16.39½
—	Ungarn .... Kronen	21.22	21.28	22.59½	22.65½
6	Tsch.-Slowak. Kronen	83.45	83.65	83.40	83.60
6	Spanien .. Pesetas	861.60	863.40	864.10	865.90
7	Amerika .. Dollars	61.55½	61.69½	61.93	62.07
5½	Belgien .. Franken	454. —	455. —		
7	England .... £	241.37½	241.87½	242.87½	243.37½
6	Frankreich . Franken	436.55	437.45	442.05	442.95
6	Italien ...... Lire	266.70	267.30	271.45	272.05

* Sozialisierung der Kaliindustrie?

Das Votum der Sozialisierungskommission.

In eingehenden Untersuchungen, unter intensiver Beteiligung von allen nambaften Sachverständigen der Industrie selbst, der Arbeiter- und Angestelltenschaft, der geologischen und chemischen Wissenschaft sowie der landwirtschaftlichen und industriellen Konsumenten hat die Sozialisierungskommission die Frage zu klären gesucht, in welcher Weise die Kaliindustrie am zweckmässigsten zu organisieren sei. Bei allen Mitgliedern der Kommission herrschte Einmütigkeit darüber, dass der Kalibergbau grundsätzlich anders zu betrachten sei als der Kohlenbergbau. Während heute bei der Kohle die Produktion noch hinter der Nachfrage zurückbleibt, leidet die Kaliindustrie an einer erheblichen Ueberproduktion. Die verfehlte Gesetzgebung der Vorkriegszeit hat die Spekulation zur Anlage zahlreicher neuer Produktionsstätten angeregt, vor allem auch im Vertrauen auf die Monopolstellung des Deutschen Reiches bezüglich der Kalivorkommen.

Die Kaliindustrie, deren Absatz vor dem Kriege zu 50 pCt. im Auslande lag, wurde naturgemäss durch den Krieg aufs allerschwerste betroffen, ihre mit ungeheuren Kosten und Mühen geschaffenen Absatz- und Propagandaorganisationen unterbunden. Dazu kam, dass in Ermangelung des deutschen Kalis in zahlreichen Ländern versucht wurde, in nichtbergmännischem Verfahren Kali zu gewinnen. Am einschneidendsten für die deutsche Kaliindustrie war aber der Verlust der im Elsass befindlichen, durch ihre Kalilager besonders ausgezeichneten Werke. Dazu gesellte sich die Erbohrung hochprozentiger Kalivorkommen in Spanien, zu deren Ausbeutung alsbald geschritten wird. Das deutsche Kalimonopol ist also durchbrochen. Will man nun die deutsche Kaliindustrie in vollem Umfange leistungs- und konkurrenzfähig machen, so müssen die unter ungünstigeren Bedingungen mit erhöhten Selbstkosten arbeitenden Werke ausgeschaltet und die Produktion auf die guten Werke allein übertragen werden.

In der Kennzeichnung des Zieles, der Oekonomisierung der Kaliindustrie, herrschte in der Kommission volle Einmütigkeit; in der Aufzeigung der Wege aber herrschten im wesentlichen zwei Auffassungen. Die erste Auffassung, die von den Herren v. Batocki, Kraemer, Rathenau, v. Siemens und Dr. Vogelstein vertreten wird, schliesst sich unter gewissen Modifizierungen an die Vorschläge des Reichskalirates an. Diese zielen darauf ab, eine Sanierung der Industrie möglichst aus sich heraus eintreten zu lassen, indem sie, statt der bisher laut Gesetz alle fünf Jahre sich erneuernden Einschätzung der Kaliwerke für die Syndikatsbeteiligung, eine langfristige, auf dreissig Jahre bemessene Quotenzuteilung vorsehen. Die Werke, die ihren Betrieb einstellen, sollen für dreissig Jahre ihre Quoten behalten, wenn sie diese gegen Entschädigung auf andere Werke übertragen. Das Abteufen neuer Schächte soll durch Gesetz verboten werden. Von Zwangsmassnahmen zur Stillegung soll Abstand genommen und nur der Reichskalirat zur Zwangsstillegung ermächtigt werden, wenn ein Werk dauernd unwirtschaftlich produziert. Die erwähnten Mitglieder glauben, dass bereits die Möglichkeit eines solchen Zwanges ausreichen würde, um die Oekonomisierung der Industrie auf freiwilligem Wege herbeizuführen. Uebereinstimmend sind sie der Ansicht, dass die gesetzlichen Massnahmen für die grosse Stillegungsaktion, in Anbetracht der schwierigen Lage der Industrie, keinen Augenblick länger hinausgeschoben werden dürfen. Dr. Rathenau schlägt in Erweiterung des beschriebenen Votums noch vor, für die freiwillige Stillegungsaktion eine Frist von zwei Jahren zu gewähren und nach Ablauf dieser Frist diejenigen Werke zwangsweise stillzulegen, welche die durchschnittlichen Produktionskosten der zehn wirtschaftlichst arbeitenden Werke um mehr als 20 pCt. übersteigen. Die durch die Stillegung freiwerdenden Quoten sollen dann auf die zehn besten Werke übertragen werden.

Dem Vorschlage der genannten fünf Mitglieder haben sich Professor Lindemann sowie Baltrusch und Steger (christliche Gewerkvereine), Hartmann (H.-D.-Gewerkverein) mit einer Ergänzung angeschlossen. In diesem Ergänzungsvotum wird darauf hingewiesen, dass durch die Massnahmen, wie sie vorgeschlagen werden, die Monopolstellung der bestehenden Werke ausserordentlich gestärkt wird. Demgegenüber fordern die Unterzeichner des Ergänzungsvotums eine Gegenleistung für die Allgemeinheit. Es soll ein gewisser Prozentsatz der Quoten der stillgelegten Werke auf Grund gesetzlicher Vorschrift auf die Staatswerke oder diejenigen Werke, an denen die Einzelstaaten massgebend beteiligt sind, gegen Entschädigung übertragen werden. Hierdurch wird nicht nur erreicht, dass die Staatswerke, die jetzt durchschnittlich nur zu einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit fördern, auf den Grad höherer ökonomischer Wirkung gebracht werden, sondern dass auch eine Erhöhung des staatlichen Einflusses auf die Kaliindustrie (insonderheit auf das Syndikat) stattfindet.

Während bei den beschriebenen Vorschlägen die Tendenz obwaltet, an den Grundzügen der heutigen Gestaltung der Kaliindustrie, vor allem angesichts der herrschenden Krise und der bevorstehenden schweren Konkurrenzkämpfe mit dem Auslande, keine wesentliche Aenderung erfolgen zu lassen, kommt das zweite Votum der Herren: Dr. Braun, Cohen, Hilferding, Kaufmann, Umbreit, Werner und Wissell zu dem Ergebnis, dass eine rationelle Gestaltung der Industrie nur durch eine durchgreifende Aenderung der gesamten Organisation erreicht werden kann. Die Verbilligung der Produktion und damit die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte erscheint ihnen gehemmt, wenn die Industrie auch weiterhin mit der Verzinsung der volkswirtschaftlich unnütz aufgewandten Kapitalanlage belastet würde. Es erscheint ihnen auch nicht angängig, die Oekonomisierung von innen heraus vornehmen zu lassen und somit den augenblicklichen Besitzern der besseren Werke ein erhöhtes Monopol zu schaffen. Wenn auch zurzeit die Lage der Industrie ausserordentlich schwer sei, so müsse doch die ständige Ausdehnung der Kaliverwendung in der Landwirtschaft bei rationeller Gestaltung der Industrie zu einer steigenden Rente in der Zukunft führen. Da nun die Allgemeinheit durch die Schaffung eines gesetzlichen Monopoles die Rationalisierung der Industrie erst möglich mache, müsse ihr auch der Anteil am Ertrage zustehen. Deshalb wird folgende gemeinwirtschaftliche Regelung vorgeschlagen: In der Erkenntnis, dass bei der Kaliindustrie die Frage des Absatzes, insbesondere auf den ausländischen Märkten, die entscheidende Rolle spielt, empfiehlt es sich, die Absatzorganisation von der Organisation des Betriebes, wie bisher, getrennt zu lassen. Der Betrieb der Kalibergwerke und chemischen Fabriken sowie das Recht an den unverritzten Feldern soll auf eine gemeinwirtschaftliche Körperschaft, die „Deutsche Kaligemeinschaft", übertragen werden.

Organe der Kaligemeinschaft sind der Reichskalirat (er soll sich zusammensetzen aus Vertretern der Angestellten und Arbeiter der bergbaulichen und chemischen Betriebe, ferner aus geologischen und chemischen Wissenschaftlern sowie aus landwirtschaftlichen und chemischen Verbrauchern), das Reichskalidirektorium (aus höchstens fünf Personen bestehend, gewählt vom Reichskalirat) und den Generaldirektoren der Bezirke Hannover, Halle, Magdeburg, Eisenach. Die Selbstkosten sind für jedes Bergwerk und für jede Fabrik besonders festzustellen. Durch Zahlung von Prämien für die Herabsetzung der Selbstkosten sind die Leiter, Angestellten und Arbeiter an der grösstmöglichsten Produktivität des Betriebes zu interessieren. In der Erwägung, dass eine Entschädigung der bisherigen Werksbesitzer infolge der ungeklärten Absatzverhältnisse und der Unmöglichkeit, zurzeit einen Ertragswert festzustellen kaum abzuschätzen ist, soll die Entschädigung in der Weise erfolgen, dass die Werksbesitzer in der Kalivertriebsgesellschaft mit 9/20 der Anteile abgefunden werden. 11/20 der Anteile der Vertriebsgesellschaft erhält die Kaligemeinschaft. Die Anteile (Aktien) haben gleiches Stimmrecht. Die Anteile der so abgefundenen bisherigen Besitzer erhalten aus dem Jahresgewinn der Vertriebsgesellschaft eine Vorzugsdividende von 4 pCt. Der überschiessende Gewinn wird auf alle Aktien zu gleichen Teilen ausgeschüttet. Die der Kaligemeinschaft zustehenden Aktien sollen unveräusserlich sein. Die Höhe des den bisherigen Werksbesitzern zukommenden Anteiles richtet sich nach dem Wert der von ihnen auf die Kaligemeinschaft übertragenen Vermögensstücke.

Die Kalivertriebsgesellschaft hat das alleinige Recht, die Erzeugnisse der Kaligemeinschaft zu den tatsächlichen Selbstkosten zuzüglich der zu zahlenden Prämien und des Anteils an den Verwaltungskosten der Kaligemeinschaft zu übernehmen. Der Vertrieb erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen. Das vorbezeichnete Monopolrecht der Vertriebsgesellschaft ist dinglich sicherzustellen (beispielsweise: Eintragung einer Sicherungshypothek auf die Liegenschaften der Kaligemeinschaft oder Verpfändung der der Kaligemeinschaft gehörenden Aktien).

Eng an den Vorschlag II schliesst sich noch ein weiteres Gutachten des Professors Lederer an, das auf die Begründung eines Kalitrusts abzielt. Lederer ist der Auffassung, dass nur durch die Vertrustung der einzelnen Konzerne und Gruppen die Stillegungsaktion mit Erfolg wird durchgeführt werden können. Die Besitzer der Werke (Privatbesitzer sowohl als auch die Staaten) sollen im Verhältnis zu den von ihnen in den Trust eingebrachten Werten Trustaktien erhalten. Entsprechend dem Vorschlag II beabsichtigt auch Lederer die Allgemeinheit an diesem Trust zu beteiligen, aber nicht mit der Mehrheit der stimmberechtigten Anteile, sondern nur mit 49 pCt. Die Kontrolle des Trustes soll dem Reichskalirat obliegen; er soll das Recht erhalten, produktionspolitische Massnahmen (Stillegung usw.) zu treffen. Die Preisfestsetzung soll, soweit sie nicht durch die internationale Konkurrenz gegeben ist, von ihm zu genehmigen sein. Darüber, dass an alle von den Stillegungen der Werke getroffenen Arbeiter und Angestellten angemessene Entschädigungen zu entrichten sind, herrscht bei allen Mitgliedern der Kommission volle Einmütigkeit.

*** Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte** in Rosenberg. Die Generalversammlung beschloss gemäss dem Antrag der Aktionärgruppe Gebrüder Röchling in München die Einstellung der Arbeiten auf der Zeche Maximilian in Hamm in Westfalen. Bereits vorher hatten sich beide Parteien gütlich geeinigt, so dass es zu den erwarteten Auseinandersetzungenn nicht kam. Sowohl Hermann Röchling wie ein Vertreter der Verwaltung hatten entsprechende Erklärungen abgegeben. Für den aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Gheimrat v. Fromm wurde Kommerzienrat Hermann Röchling gewählt.

*** Gebr. Körting Akt.-Ges.** in Hannover-Linden. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf das erhöhte Aktienkapital auf wieder 15 pCt. fest. Im Auftrage der Verwaltung teilte Dr. Würth mit, dass zurzeit befriedigende Aufträge einliefen. Ueber die Aussichten lasse sich infole der unsicheren allgemeinen Lage nichts sagen, durch die Ausfuhrabgabe und die Sanktionen sei der Export im starkem Masse behindert.

*** Vulcan-Werke,** Hamburg und Stettin Akt.-Ges. Dis Geschäftsjahr 1920 schliesst mit einem Rohertrag von 12 627 782 M. (6 318 951) ab. Abschreibungen erfordern 4 556 555 M. (4 973 669). Auf Werk-Erneuerungskonto wurden 6 Mill. M. (0) überwiesen. Auf das Konto „Fundierungsaufwendungen im gepachteten Staatsgrund" ist ein Posten von 898 873 M. (765 170) zu Lasten der Betriebsrechnung übernommen worden. Ueebr Unkosten, Lasten und Steuern finden sich wie gewöhnlich keine Angaben, sie sind vor Feststellung des Rohgewinnes abgebucht. Der Ueberschuss beträgt 2 071 227 M. (1 345 281). Daraus werden 12 pCt. (8) Dividende gezahlt, dem Dotationskonto 95 398 M. (73 614) und der Kirche in Bredow wieder 5000 M. überwiesen. Tatiemen beanspruchen 133 333 M. (66 666). Der Pensionskasse kamen wie im Vorjahr 150 000 M. zugute. Auch dieser Betrag ist aber vorher abgebucht. Nach dem Geschäftsbericht ist das Ergebnis günstig beeinflusst worden durch das sehr lebhafte Dock- und Reparaturgeschäft. Die Beschäftigung im Schiffsneubau ist noch schleppend und leidet unter der ungünstigen Beurteilung, die der Arbeitswille und die Arbeitsdisziplin der Vulcan-Belegschaft im Kreise der Besteller findet. In der Bilanz erscheinen u. a. Debitoren mit 158 792 054 M. (73 704 893), fertige und in Arbeit befindliche Gegenstände und Materialvorräte mit 402 177 828 M. (240 123 823), Anzahlungen einschliesslich Kreditoren mit 539 721 754 M. (303 959 000).

*** Vereinigte Chemische Werke Akt.-Ges.** in Charlottenburg. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Grundkapitals um 3 auf 9 Mill. M. In der Begründung wurde ausgeführt, dass man infolge der seit Herbst vorigen Jahres eingetretenen lebhaften Geschäftstätigkeit Bankkredite in Anspruch nehmen musste. Das Glyzeringeschäft, das infolge der behördlichen Vorschriften lange unterbunden war, sei wieder aufgenommen worden. Umsätze und Lagerbestände hätten sich beträchtlich erhöht. Auch im neuen Jahre sei der Geschäftsgang befriedigend gewesen, und es sei ein recht gutes Ergebnis zu erhoffen. Die neuen Aktien sind vom 1. Juli 1921 ab dividendenberechtigt und werden von einer Gruppe zu 135 pCt. übernommen mit der Verpflichtung, sie den bisherigen Aktionären im Verhältnis 2 zu 1 zu 140 pCt. anzubieten.

*** Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther Akt.-Ges.** in Dresden. In der Generalversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 auf 11 Mill. M. genehmigt. Davon dienen 2 Mill. M. zum Umtausch von jungen C. Tielsch-Aktien. 442 000 M. übernimmt das Sachsenwerk, das der Gesellschaft einige passende Fabrikationsstätten auf ihrem Radeberger Besitz zur Verfügung stellt. 1½ Mill. M. der neuen Aktien werden den bisherigen Aktionären zum Kurse von 175 pCt. im Verhältnis 4 : 1 angeboten. Da der Geschäftsgang bisher ein guter war und volle Beschäftigung gesichert ist, sind die Aussichten für das am 30. Juni ablaufende Geschäftsjahr befriedigend. Das Unternehmen beabsichtigt, auch die Fabrikation künstlicher Zähne aufzunehmen.

*** Die Rauchwarenzurichterei und Färberei Akt.-Ges.** vorm. Louis Walters Nachf. in Makranstädt erzielte im Geschäftsjahre 1920 einen Ueberschuss von 2 192 450 M. (i. V. 1 375 496 M.), aus dem, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 60 pCt. (30 pCt. Dividende und 30 pCt. Bonus) ausgeschüttet und 28 450 M. (24 803) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Vor Feststellung des Ueberschusses sind diesmal die vertragsmässigen Vergütungen an Vorstand und Aufsichtsrat schon berücksichtigt, ebnso eine „vertragliche Zuweisung an die Arbeitnehmerschaft in Höhe der einem Aktienkapital von 400 000 M. entsprechenden Dividende (i. V. 629 429 M. Gewinnanteil an Vorstand, Aufsichtsrat und Beamte, Vergütung an Beamte, Fabrikpersonal und Arbeiter), so dass der Gewinn tatsächlich noch grösser ist. Ueber seine wirkliche, sicherlich bedeutende Höhe, lassen sich infolge der undurchsichtigen Aufmachung der Gewinnverteilung nur Vermutungen anstellen. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung u. a.: „Der flotte Geschäftsgang im Berichtsjahre hat uns sowohl im Lohngeschäft als auch im Kaninverkauf wesentlich grössere Umsätze gebracht. Wenn auch die erhöhten Preise für Zurichtung und Färbung von Lohnware durch die beständig steigenden Arbeitslöhne und durch die hohen Kosten für Reparaturen und Betrieb mehr als ausgeglichen wurden, so ist doch auf unserem Verkaufsartikel Kanin infolge der günstigen Konjunktur ein guter Nutzen verblieben. Ueber den Geschäftsgang seit Beginn des neuen Jahres könnne wir günstiges berichten. Es ist aber zu berücksichtigen, dass dem Wunsche des Rauchwarenhandels auf Abbau der Arbietslöhne für Zurichtung und Färbung entsprochen werden muss, soweit die immer noch steigenden Arbeitslöhne es überhaupt zulassen. Die von der Kundschaft verlangte und im Interesse der einhiemischen Industrie notwendige Konkurrenzfähigkeit gegneüber dem Auslande kann allerdings dann die Erträgnisse unseres Unternehmens im neue Jahre nicht unwesentlich beeinträchtigen. Indessen bürgt die anerkannte Güte unserer Fabrikate und Spezialitäten dafür, dass wir der Zukunft vertrauensvoll entgegensehen dürfen. In der Bilanz, bei deren Beurteilung u. a. zu beachten ist, dass das Kapital im letzten Jahre von 1,2 auf 4 Mill. M. erhöht wurde, sind die Debitoren von 573 235 M. auf 2 256 475 M. und die Bankguthaben von 172 723 M. auf 6 676 359 M. gestiegen, die eigenen Warenbestände von 1 568 186 M. auf 483 772 M. zurückgegangen. Die Kreditoren haben sich von 791 337 M. auf 1 317 812 M. erhöht.

*** Der deutsch-französische Gründungsplan in der pfälzischen Elektroindustrie.** Zu der Meldung über einen deutsch-französischen Gründungsplan in der pfälzischen Elektroindustrie, der die HomburgerKraftzentrale der Pfalzwerke Akt.-Ges. (Konzern Rheinische Eletrizitäts-Akt.-Ges.) zum Mittelpunkt hat und an dem die französiche Gruppe mit 60 pCt. beteiligt sein soll, erklärt die Frankfurter Zeitung, das würde bedeuten, dass von 30 Mill. M. Kapital der neuen Gesellschaft 18 Mill. M. in französiche Hand gelangen würden. Das Geld scheint durch Ausgabe von Obligationen in Höhe von 70 Mill. M. aufgebracht zr werden. Dazu ist zunächst zu bemerken, dass die Angelegenheit sich noch im ersten Vorbereitungsstadium befindet und noch nicht einmal den Aufsichtrat der Pfalzwerke Akt.-Ges. passiert hat, geschweige denn, dass eine Zustimmung der Reichsregierung hierzu in Betracht kommen könnte. Das Kraftwerk Homburg stellt nur einen Teil der Betriebe der Pfalzwerke dar, die in letzter Zeit stark ausgedehnt wurden. Die inneren Gründe der sich vorbereitenden Transaktion liegen in der Kohlenfrage für das Homburger Kraftwerk. Die Pfalzwerke haben in der Kohlenbeschaffung sehr erhebliche Schwierigkeiten. Zuerst war ihnen von der französichen Saarverwaltung die Saarkohle, auf die die Homburger Werke angewiesen sind, ganz gesperrt worden. Dann wurde ihnen geliefert, aber zu Francsvaluta und derart überteuert, dass der Strompreis unverhältnismässig stieg. Die Ersatzbeschaffung durch Bezug von Ruhrkohle konnte nicht ausreichend und befriedigend bewerkstelligt werden, zumal die Frachtkosten bis zum Werke eine sehr starke Verteuerung im Gefolge haten. Dies sind die inneren Verhältnisse, die zu einer Zwangslage für die Pfalzwerke geführtr haben, aus der herauszukommen die jetzt mit einer französichen Gruppe geführten Verhandlungen bezwecken.

*** Diskontermässigung in der Schweiz.** Das Direktorium der Schweizerischen Nationalversammlung beschloss, den Diskontsatz von 5 pCt. auf 4½ pCt. und den Lombardzinsfuss von 6 pCt. auf 5½ pCt. herabzusetzen.

Gesellschaft für Lindes Eismaschinen Akt.-Ges. in Wiesbaden: 20 pCt. (12).

Hein, Lehmann & Co. Akt.-Ges., Eisenkonstruktionen, Brücken- und Signalbau, Berlin-Reinickendorf: 25 pCt. (15).

Eisenwerk (vorm. Nagel und Kaemp Akt.-Ges. in Hamburg: 20 pCt. (10).

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin: Wieder 5½ pCt. auf die Stammaktien und wieder 5 pCt. auf die Vorzugsaktien.

*** Produktenverkehr.** Im heutigen Maisgeschäft zeigte sich wieder ziemliche Frage nach vorderer Ware, die zum Teil als Deckung gegen früher verkauften April-Platamais gesucht war. Auch für bahnstehende Ware bestand Interesse. Die Besorgnis, dass die Bezugsvereinigung bei der Belieferung der Scheine zu grossem Teil auf anderen als Platamais angewiesen sein wird, ist die Hauptursache, dass für frühere Platzabgaben gegne Bezugsschein jetzt vielfach gecekt wird. Die Preise für Scheine waren leicht schwankend, aber im Durchschnitt nicht viel gegen gestern verändert. Im Verkehr mit Hülsenfrüchten ist die Tendenz eber etwas freundlicher, wenn auch grössere Preisänderungen nicht erfolgt sind. Futtererbsen in gutem Material sind begehrt und knapp, geringe bleiben vernachlässigt. Für Oelsaaten drücken die niedrigen Auslandsforderungen. Andere Artikel still, auch Stroh ruhig.

Nichtamtlich sind am 8. April im Berliner Produktenverkehr folgende Preise ermittelt für 50 kg ab Station: Speiseerbsen, Viktoria 120 bis 128 M., kleinere 110—115 M., Futtererbsen 95—108 M., Peluschken 88—94 M., Ackerbohnen 95—105 M., Wicken 60—65 M., Lupinen, neue, blaue 38—40 M., neue, gelbe 45—50 M., Serradella 43—50 M., feine Saatqualitäten obiger Artikel über Notiz bezahlt, Raps 190—200 M., Leinsaat 200—230 M. nom., Trockenschnitzel 48—53 M., Steffenschnitzel 74—77 M., vollwertige Zuckerschnitzel, helle 115—125 M., Rapskuchen 51—70 M., Leinkuchen 135—143 M., Torfmelasse 40—45 M., Wiesenheu, lose, gesund und trocken 19—21 M., gut, gesund und trocken 22—25 M., Stroh, drahtgepresstes Weizen- und Roggenstroh 20—22 M., gebündelt 18—20 M., Roggenlangstroh 20—22 M., Haferstroh 17—18 M., Mais (Preise um 1½ Uhr) lose frei Kaiwaggon Hamburg Plata bahnstehend 112 M. Geld, April 107 M., Mai 102 M., Mixed bahnstehend 106 M., April 100 M., Bezugsscheine, weisse 26—27 rote 15 bis 15,50 M.

Frühmarkt (amtlich): Gelber Platamais loko 122 M. per 50 kg frei Wagen.

Berliner Kartoffelnotierungen. Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte am 8. April 1921 folgende Preise (in Mark für 50 kg). Erzeugerpreise ab märkischen Stationen: Speisekartoffeln weisse, rote, gelbfleischige 37—40 M.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	8. April	7. April
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars	1790	1785
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,8 pCt.	1575	1550
Originalhüttenweichblei	500—510	490—500
Hüttenrohzink, Preis im privaten Verkehr	630—635	620—660
Remelted Plattenzink	400	390—400
Originalhüttenaluminium 98—99pCt. i. gek. Blöckchen	2600—2650	2600—2650
do. in Walz- oder Drahtbarren	2650—2700	2650—2700
Bancazinn	4275	4175
Straitszinn	4150	4050
Australzinn	4125	4025
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	3825	3725
Reinnickel	4050	4050
Antimon-Regulus	675	675
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg fein	930—940	930—940

London, 7. April. (Metall-Schlussnotierungen.) Kupfer per Kasse 69⅛ (68¾), per 3 Monate 68⅞ (68½), Electrolytic 72½—73½ (71½—73½), Best selected 70½—72½ (70—72) Zinn per Kasse 158⅝ (154¾), per 3 Monate 161⅝ (156⅞), Blei 20¼—20⅝ (20—20⅝), Zink 25—26½ (24¾—25) Silber 33½ (33¼), auf Lieferung 32⅞ (32¾), Gold 104/7 (104/11).

New-York, 7. April. (Privat-Funkspruch.) Die Börse bot anfangs kein einheitliches Bild. Unter dem Drucke von starken Blankoabgaben, die eine Folge der Verschärfung der Gegensätze in dem englischen Bergarbeiterstreik waren, griff später eine Abschwächung Platz. Diese trat noch nachhaltiger in Erscheinung, als der Beschluss des amerikanischen Arbeiterrates bekannt wurde, durch den sich dieser der Ermässigung der Löhne der Eisenbahnbeamten widersetzt. Die Börse schloss in gedrückter Stimmung. Der Umsatz bezifferte sich auf 510 000 Stück Aktien.

	7. 4.	6. 4.		7. 4.	6. 4.
Geldsätze	5½	5½	Nat. Ry of Mex 2nd pref.	4¼ G	4¼ G
Wechsel a. Berlin	1,61	1,61⅜	N.Y. Centr. & Huds. Riv.	69	69
do. a. Paris (Sicht)	7,09	7,11	N.Y. Ontario u. Western	13⅞	14¼
do. a. London (60 T.)	3,87,00	3,87,62	Norfolk u. Western	96¼	96½
do. Cable Transfers.	3,91,50	3,92,87	Northern Pacific	75¾	77⅛
Belgien	7,39	7,41	Pennsylvania	33⅞	34⅛
Schweiz	17,83	17,82	Reading	67¼	68¼
Madrid	13,92	13,97	St. Louis u. St. Francisco	21	21¼
Silber Inland	99½	99½	Southern Railway	20⅝	20⅞
do. Ausland	58⅛	57⅝	do. Pacific	74	74½
Atchison Top. u. St. Fé	79⅝	80	Texas u. Pacific	20¼	20⅝
do. pref.	75¾	75⅞	Union Pacific	116	116⅛
Baltimore u. Ohio	33⅝	33⅞	Wabash pref.	20	20
Canadian Pacific	112½	113⅛	American Can.	28⅞	29⅛
Chesapeake u. Ohio	58½	59	Amer. Car. u. Foundry	122¾	123
Chicago, Milw. u. St. Paul	24¼	—	Amer. Hide & Leath Co.	9	9
Chic. Rock-Islnd. u. Pac.	25	26¼	do. do. pref.	41⅝	42
Denver u. Rio Grande	¼	⅛	Americ. Smelting Ref.	37⅞	38⅛
Erie	11⅞	12⅛	Anaconda Copper	37¼	37¼
Great Northern pref.	70	71	Bethleh. Steel	55½	56¼
Illinois Central	86	86	Central Leather	31½	34⅝
Interbor. Consol Corp.	4¼	4⅝	Intern. Mercant. Marine	13⅛	13¾
Cansas City & South.	24⅝	25¼	do. do. pref.	51⅞	51¾
do. pref.	49⅝	49⅞	Studebaker Corporation	66⅞	68
Louisville u. Nashville	98	98	Unit. Stat. Steel Corp.	81	81½
Missouri, Kans. u. Texas	2	2⅛	do. do. pref.	109¾	110¼
Missouri Pacific	17¼	17⅜	Aktienumsatz	470 000	510 000

Washington 7. April. (Privat-Funkspruch.) Nach dem amtlichen Berichte des Ackerbaubureaus betrug der Durchschnittsstand von Winterweizen am 1. April 91,0 pCt. gegen 87,9 pCt. am 1. Dezember des Vorjahres, 75,6 pCt. am 1. April 1920 und 99,8 pCt. am 1. April 1919. Der Ernteertrag wird auf 621 Mill. Bushels angegeben gegen 533 Mill. Bushels am 1. Dezember des Vorjahres und 581 600 000 bzw. 732 000 000 Bushels endgültige Ergebnisse in den Jahren 1920 und 1919. Der allgemeine Durchschnittsstand des Winterroggens wird auf 90,3 pCt. geschätzt gegen 90,5 pCt. am 1. Dezember des Vorjahres und 86,8 bzw. 90,6 pCt. am 1. April 1920 und am 1. April 1919. Der Ernteertrag wird auf 66 400 000 Bushels beziffert gegen 68 Mill. Bushels am 1. Dezember des Vorjahres und 65 bzw. 88 Mill. Bushels definitive Ergebnisse in den Jahren 1920 und 1919.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. B. Friedrichstadt Grunderwerbs-Aktiengesellschaft, Berlin, Kanonierstr. 10. Grundk. 60 000 M. Vorstand Bankier Hans Löwenstein. — Aktiengesellschaft für Erwerb und Verwertung von Rechten an Industrie-Unternehmungen, Berlin, Jägerstrasse 9. Grundk. 1 000 000 M. Vorstand Kflte. Otto Pfeiler u. Adolf Springer. — Allgemeine Versicherungs-Vermittelungs-G. m. b. H., Berlin, Unter den Linden 70. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Makler Max Schulz u. Kfm. Fritz Schmelz. — Graf von der Pahlen-Eckau G. m. b. H., Berlin, Unter den Linden 52. (Russ. Liköre u. Schnäpse.) Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfm. N. L. Blumberg u. Gutsbes. Graf Theodor von Medem. — „Hammonia" Bergbau G. m. b. H., Berlin, Behrenstr. 31. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Dir. Friedrich Heussler. — Lopa Cigarrenanzünder G. m. b. H., Charlottenburg, Königsweg 30. Stammk. 100 000 M. Geschäftsf. Landwirte Arthur Loessin u. Wilh. Paschen. — Kahn & Wohlmann G. m. b. H., Berlin, Schönhauser Allee 8. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kflte. Edgar Kahn u. Max Wohlmann. — „Union" Montan-Industrie G. m. b. H., Berlin, Königin-Augusta-Str. 35. Stammk. 300 000 M. Geschäftsf. Kfm. Friedr. Harnisch. — Richard Kahn G. m. b. H., Berlin, Hohenzollernstr. 20. Stammk. 100 000 M. Geschäftsf. Dr. Martin Katzenstein u. Dr. Alfred Popp. — Nordmann & Co. G. m. b. H., Berlin, Dorotheenstr. 53. (Berg-, Hütten-, chem.-techn. Industrie.) Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfm. Leo Nordmann u. Helmuth Graf v. Moltke. — B. Wolff & Co. m. b. H., Berlin, Unter den Linden 21. (Finanzierung.) Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Bruno Wolff u. Carl Mollheim. — Schönwerk G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstr. 15. Stammk. 50 000 M. Geschäftsf. Kfm. Arthur Schönwerk. — D. Sandmann G. m. b. H., Berlin, Alexandrinenstr. 105/6. (Spirituosen.) Stammk. 500 000 M. Geschäftsf. Arthur Gilka u. a. — Kunsthandlung Medici G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Bayerische Str. 6. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Archt. Josef Beitscher.

Das Blatt des Grossindustriellen:

Allen dienend * Keinem dienstbar

Die Metallbörse

XI. Jahrgang.

Eisen / Metalle / Chemikalien
in Technik und Wirtschaft

Bestes Informationsorgan * Bestes Insertionsorgan

Probenummern, Abonnements, Kostenanschläge durch die Expedition Berlin W 35.

C. A. F. Kahlbaum-Aktiengesellschaft, Berlin.

In der ausserordentlichen Generalversammlung vom 4. März 1921 ist die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft u. a. um M. 21 500 000.— Stammaktien mit Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1920/21 beschlossen worden.

Von diesen M. 21 500 000.— neuen Stammaktien hat ein Konsortium unter Führung der Bank für Handel und Industrie, Berlin, M. 21 000 000.— mit der Verpflichtung übernommen, sie den bisherigen Aktionären der Gesellschaft mit einer Frist von mindestens 3 Wochen derart zum Bezuge anzubieten, dass für je M. 600.— Nennbetrag der alten Aktien je M. 1200.— Nennbetrag der neuen Stammaktien zum Kurse von 112½ % zuzüglich des ganzen Schlussnotenstempels bezogen werden können.

Nachdem die Durchführung der Kapitalserhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, werden die Aktionäre hierdurch aufgefordert, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Anmeldungen zur Ausübung des Bezugsrechts haben bei Vermeidung des Verlustes in der Zeit vom 9. bis 30. April ds. Js. einschliesslich
   in Berlin bei der Bank für Handel und Industrie,
   bei der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft
   während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen. Die Ausübungn des Bezugsrechts ist provisionsfrei, sofern die alten Aktien, nach der Nummernfolge geordnet, ohne Dividendenscheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Nummernverzeichnis (wofür Vordrucke bei den genannten Stellen erhältlich sind) am Schalter eingereicht werden. Falls die Ausübung des Bezugsrechts im Wege der Korrespondenz erfolgt, wird die Bezugsstelle die übliche Provision in Anrechnung bringen. Die Aktien, auf die das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, werden abgestempelt und demnächst zurückgegeben.
2. Auf je M. 600.— Nennbetrag der alten Aktien wird eine neue Aktie über M. 1200.— zum Kurse von 112½ % gewährt. Bei Anmeldung ist sofortige Barzahlung in Höhe von M. 1350.— für jede neue Aktie zu leisten, sowie der ganze Schlussscheinstempel zu entrichten.
3. Ueber die geleistete Zahlung wird auf einem zurückzugebenden Anmeldeschein Quittung erteilt. Die Aushändigung der neuen Aktien erfolgt nach Fertigstellung gegen Rückgabe des quittierten Anmeldescheins, dessen Ueberbringer als zur Empfangnahme der neuen Aktien legitimiert gilt, bei der gleichen Bezugsstelle, bei welcher die Anmeldung stattgefunden hat.
4. Die Bezugsstellen sind auch bereit, den An- und Verkauf der Bezugsrechte einzelner Aktien zu vermitteln.

Berlin, im März 1921.

C. A. F. Kahlbaum-Aktiengesellschaft.
Stern.

Asbest- u. Gummiwerke Alfred Calmon Aktiengesellschaft, Hamburg.

Ordentliche Generalversammlung Sonnabend, den 7. Mai 1921, nachm. 12½ Uhr,
in der „Börsenhalle" zu Hamburg, Saal 126.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlussfassung über Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Erteilung der Entlastung sowie Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Wahl eines Rechnungsprüfers.
5. Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark durch Ausgabe von 10 000 Stück neuen Aktien von je nominal M. 1000.—, und zwar: 9500 Stück den bisherigen Stammaktien gleichberechtigten Inhaberaktien und 500 Stück den bisherigen Schutzaktien gleichberechtigten Namensaktien.
   Feststellung der Ausgabebedingungen und des Umfanges des Aktienbezugsrechtes der Aktionäre.
6. Abänderung der Satzung:
   a) Abänderung des § 4 entsprechend dem Beschlusse auf Erhöhung des Aktienkapitals (vgl. Ziffer 5).
   b) Abänderung des § 16 Abs. 4 und 5 durch Einsetzen der Jahreszahl 1945 an Stelle der Jahreszahl 1930 und durch redaktionelle Neufassung.

Aktionäre, die der Generalversammlung beiwohnen wollen, werden ersucht, die Stimmzettel gegen Hinterlegung ihrer Aktien **spätestens bis zum 4. Mai 1921**
in Hamburg bei den Herren L. Behrens & Söhne,
der Deutschen Bank, Filiale Hamburg,
der Norddeutschen Bank in Hamburg,
in Berlin bei der Deutschen Bank,
der Direction der Disconto-Gesellschaft
abzufordern.

Hamburg, den 5. April 1921.

Der Vorstand.
Alfred Calmon, Dr. ing. h. c.

Strassenbahn Hannover.

Die Aktionäre der Strassenbahn Hannover werden zur diesjährigen
ordentlichen Generalversammlung
für **Montag, den 2. Mai 1921,** mittags 12 Uhr, in Kastens Hotel (Georgshalle) zu Hannover, Theaterplatz, ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Satzungsänderungen.
   a) § 17 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: Der Aufsichtsrat wird von der Generalversammlung gewählt und besteht aus mindestens sieben Mitgliedern, von denen wenigstens fünf ihren Wohnsitz in Hannover haben müssen.
   b) § 18. Neufestsetzung der Bezüge des Aufsichtsrats.
   c) § 22 erhält folgenden Wortlaut: Der Aufsichtsrat hat ausser den durch Gesetz und durch diese Satzungen ihm zugewiesenen Pflichten und Rechten insbesondere die folgenden:
      a) Die Genehmigung des Erwerbs, der Veräusserung und der Verpfändung von Grundstücken.
      b) Die Genehmigung von Anleihen.
      c) Die Befugnis, für die Geschäftsführung des Vorstandes Anweisungen zu erteilen.
      d) Die Genehmigung zur Anstellung von Prokuristen und Oberbeamten.
      e) Die Feststellung der Grundsätze, nach denen die Gesellschaft Kredite zu nehmen hat.
2. Berichterstattung über das Ergebnis des Jahres 1920. Vorlegung und Genehmigung der Vermögens- und der Gewinn- und Verlust-Rechnung 1920.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind alle Aktionäre berechtigt, die spätestens bis zum 3. Werktage vor der Generalversammlung, also bis Donnerstag, den 28. April 1921
bei der Dresdner Bank Filiale Hannover, oder
„ „ Dresdner Bank in Berlin, oder
„ „ Dresdner Bank in Dresden, oder
„ „ Bank des Berliner Kassenvereins in Berlin (nur für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots), oder
„ dem Vorstande der Gesellschaft
ihre Aktien hinterlegt haben.

Als Ausweis zur Teilnahme dienen die Hinterlegungsbescheinigungen.

Hannover, den 4. April 1921.

Strassenbahn Hannover.

Der Aufsichtsrat. Dr. Ing. O. Taaks.
Der Vorstand. Battes. Holstein. Menge.

Anhaltische Kohlenwerke.

Ausgabe neuer Stammaktien.

Die ordentliche Generalversammlung vom 22. März 1921 hat beschlossen, das Grundkapital von nom. M. 19 500 000.— auf nom. M. 34 500 000.— durch Ausgabe von Stück 15 000 auf den Inhaber lautenden, vom 1. Januar 1921 ab dividendenberechtigten Stammaktien über je nom. M. 1000.— zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen worden.

Die neuen Stammaktien sind von einem Konsortium übernommen worden mit der Verpflichtung, sie den Besitzern der alten Stammaktien zu den nachstehend aufgeführten Bedingungen zum Bezuge anzubieten.

Vorbehaltlich der Eintragung der durchgeführten Kapitalserhöhung in das Handelsregister fordern wir namens des Konsortiums die Besitzer der Stammaktien auf, ihr Bezugsrecht wie folgt auszuüben:

1. Die Ausübung des Bezugsrechtes hat bei Vermeidung des Ausschlusses bis zum
   28. April 1921
   einschliesslich
   in **Berlin** bei der Dresdner Bank,
   „ „ Berliner Handels-Gesellschaft,
   „ „ Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,
   „ „ Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien,
   „ dem Bankhaus Gebr. Arons,
   „ „ Bankhaus Arons & Walter,
   „ „ Bankhaus N. Helfft & Co.,
   in **Dortmund** bei der Dresdner Bank, Filiale Dortmund,
   bei der Essener Credit-Anstalt,
   in **Frankfurt a. M.** bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
   bei dem Bankhaus Bass & Herz
   während der üblichen Geschäftsstunden zu geschehen.
   Das Bezugsrecht kann provisionsfrei ausgeübt werden, sofern die Aktien am Schalter während der üblichen Geschäftsstunden eingereicht werden. Soweit die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege der Korrespondenz erfolgt, wird von den Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Anrechnung gebracht.
2. Auf je nom. M. 1000.— alte Stammaktien entfällt eine neue Stammaktie zu nom. M. 1000.—.
3. Bei der Anmeldung sind die Aktien, für die das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Dividendenscheinbogen mit einem Anmeldeschein in doppelter Ausfertigung, wovon ein Exemplar mit einem nach der Nummernfolge geordneten Nummernverzeichnis zu versehen ist, einzureichen. Vordrucke hierzu sind bei den Bezugsstellen erhältlich. Die Aktien, auf die das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, werden abgestempelt und zurückgegeben.
4. Der Bezugspreis beträgt 115% zuzüglich 5% Stückzinsen ab 1. Januar 1921 bis zum Tage der Zahlung. Hiervon sind bei der Ausübung des Bezugsrechtes 25% des Nennwertes zuzüglich 5% Zinsen hierauf ab 1. Januar 1921 bis zum Tage der Ausübung des Bezugsrechtes und 15% Aufgeld bar zu entrichten. Der Termin, an welchem die Resteinzahlung von 75% zuzüglich 5% Zinsen vom 1. Januar 1921 bis zum Tage der Zahlung zu leisten ist, wird vom Vorstand unserer Gesellschaft festgesetzt werden. Spätestens soll die Restzahlung am 30. Dezember 1921 erfolgen.
5. Die Aushändigung der neuen Aktien erfolgt nach deren Fertigstellung gegen Rückgabe des mit den Quittungen versehenen Anmeldescheines bei derjenigen Stelle, bei welcher das Bezugsrecht ausgeübt wurde, während der bei ihr üblichen Geschäftsstunden.

Die Vermittlung des An- und Verkaufes des Bezugsrechtes einzelner Aktien übernehmen die Bezugsstellen.

Halle a. S., im April 1921.

Anhaltische Kohlenwerke.
Platscheck. i. V. Albrecht.

Richard Blumenfeld, Veltener Ofenfabrik Akt.-Ges.

Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten, bei uns erhältlichen Prospektes sind
nom. M. 1200 000.— neue Aktien
Nr. 2001—3200 zu je M. 1000.—
der
Richard Blumenfeld, Veltener Ofenfabrik Aktiengesellschaft in Velten bei Berlin
an der hiesigen Börse zum Börsenhandel zugelassen.

Berlin, im März 1921.

Gebr. Arnhold. von Goldschmidt-Rothschild & Co.

8000 kg Asbestplatten, chem. rein, per kg M. 14.50
8000 „ „ Handelsware „ „ „ 9.30
2000 „ **Itplatten**, Ia Qualität . . . „ „ „ 43.—
sofort lieferbar. **Otto Witte, Nürnberg 19.**

---

120 geschweißte Winkelringe
40×75×7 bis 8 mm, Außendurchmesser 1975 mm, Stückgewicht ca. 40 kg, sind sofort preiswert abzugeben.
Act.-Ges. Freund, Charlottenburg, Franklinstraße 6.

Für Pelzkonservierung
mottensicher
Pelzkapseln und Schränke
P. Raddatz & Co
Berlin W, Leipziger Straße 122/23

Bochumer Verein f. Bergbau u. Gußstahlfabrikation.

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 23. März 1921 ist die Dividende für das Zwischengeschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. September 1920 auf 4% = 12 M. für jede Aktie zu 300 M., 40 M. für jede Aktie zu 1000 M. und 60 M. für jede Aktie zu 1500 M. festgesetzt.

Da für das Zwischengeschäftsjahr ein Gewinnanteilschein nicht vorgesehen ist, erfolgt die Auszahlung der Dividende unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer **gegen Einreichung der Gewinnanteilscheinbogen**, welche nach entsprechender Abstempelung der Erneuerungsscheine dem Einreicher zurückgegeben werden, bei
unserer Gesellschaftskasse in Bochum sowie
bei den folgenden Bankhäusern:

Berliner Handels-Gesellschaft, Deutsche Bank, Direction der Disconto-Gesellschaft, Bank für Handel und Industrie, Dresdner Bank, Delbrück, Schickler & Co. — **Berlin**
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Deichmann & Co., Sal. Oppenheim jun. & Cie. — **Köln**
Deutsche Bank, Filiale Frankfurt, Deutsche Effekten- u. Wechsel-Bank — **Frankfurt a. M.**
Essener Credit-Anstalt in Essen und Bochum,
Dresdner Bank, Filiale Bochum, in Bochum,
Deutsche Bank, Filiale Aachen, in Aachen,
Deutsche Bank, Filiale Hamburg, in Hamburg.

Die Gewinnanteilscheinbogen sind mit einem der Nummer nach geordneten Verzeichnis und einer Quittung über den zu empfangenden Betrag einzureichen.

Bochum, den 5. April 1921.

Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation.
Dr. Baare. Borbet.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch zu der am **30. April a. c., vormittags 10 Uhr,** im Büro der Gesellschaft, Lützowstrasse 107/108, stattfindenden **23. ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vortrag und Genehmigung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und des Gewinn- und Verlust-Kontos für das Geschäftsjahr 1920.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns.
4. Statutenänderung wie folgt:
   § 11 Absatz 1: Erhöhung der Mindestmitgliederzahl des Aufsichtsrats auf vier und Beschränkung der Mitglieder des Aufsichtsrats auf deutsche Reichsangehörige.
   § 11 Absatz 2: Erhöhung der Mindestzahl der verbleibenden Mitglieder, die zur gehörigen Zusammensetzung des Aufsichtsrats nötig sind, wenn Mitglieder des Aufsichtsrats vor Ablauf der Wahlperiode ausscheiden, auf vier.
   § 15. Erhöhung der zur Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrats erforderlichen Zahl der Mitglieder desselben.
   Erteilung der Befugnis an den Aufsichtsrat zur Delegierung von einzelnen Mitgliedern oder von Ausschüssen aus seiner Mitte zu bestimmten Geschäften oder Arten von Geschäften.
   § 16. Uebertragung einzelner dem Aufsichtsrat zustehenden Befugnisse an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter gemeinsam unter gleichzeitiger Erhöhung der Beträge von geschäftlichen, die Zustimmung des Aufsichtsrats erfordernden Massnahmen des Vorstandes, sowie redaktionelle Aenderung d[…] Paragraphen.
   § 17. Erhöhung d[…] festen Vergütung des Au[…]sichtsrats.
   Aufnahme der Bestimmung, dass die Tantieme[…]steuer von der Gesel[…]schaft getragen wird.
   § 18 Absatz 1: Verlängerung der Frist, in d[…] nach Ablauf des Geschäftsjahres die Generalve[…]sammlung stattzufinde[…] hat, auf sechs Monate.

Aktionäre, welche an d[…] Generalversammlung te[…]nehmen wollen, müssen ihr[…] Aktien oder über dieselbe[…] lautende Hinterlegungs[…]scheine der Reichsbank od[…] eines deutschen Notars **bis 28. April a. c., abends 6 Uhr,** bei dem Bankhaus **S. Simonson,** Potsdamer Strasse 23 a, oder bei de[…] **Gesellschaftskasse,** Lützowstrasse 107/108, hinterlegen.

Der Geschäftsbericht, d[…] Bilanz nebst Gewinn- u[…] Verlustrechnung liegen vo[…] 12. April a. c. im Geschäftslokale der Gesellschaft z[…] Einsicht der Herren Aktionäre aus.

Berlin, den 6. April 1921.

Der Aufsichtsrat de[…]
Fabrik für Blechemballage O. F. Schaefer Nachf. Actien-Gesellschaft
Richard Dienstfertig.

---

wasserdicht
Kauf und leihweise
GEBR. CASSEL
Planen- u. Zelte-Fabrik
Frankfurt a. M.

---

2 Sauggasmotoren
je 40 PS, mit Generatoranlage, für Anthracit, Deutzer Fabrikat, dazu antreibend **2 Dynamos**, je 40 PS, Gleichstrom 220 Volt, komplett mit Schaltanlage verk.
D[…]fe, **Berlin**, Regensburgerstr. 5a.

Elektromotoren
Dreh- und Gleichstrom
220 Volt, 3—60 PS
Transmissionsteile
neu und gebraucht:
„A.W.G." Allgemeine Werkzeugmaschinen-Gesellschaft, A.G., Berlin-Weissensee, Biebestrasse. — Tel.-Adr.: Allwergen. Fernr.: Weissensee 771 und 772.
Wellen, Steh-, Wand- und Hängelager
Schalenkupplungen
Gußeiserne Riemenscheiben
Holzriemenscheiben
in fast allen Abmessungen.

Neu eingetroffen!
Grosse Posten:
Baumwollwaren
Pollack & Stern
Köln Breitestr. 8
Telefon A. 3987

Vorteilhafteste Angebote
zu staunend billigen Preisen in:

Hemdentuchen, Zephyr
Natté, Aermelfutter
Matratzendrell, Cords
Vollvoile, Flanellen
Poketine, u. s. w.

! Papiergewebe Wattierleinen !
Engmasch. prachtv. Ware, 105, 110, 120 breit, **preiswert** z. verkaufen. Große Muster, auf Wunsch auch **Musterstücke a 100 Meter** lieferbar. **Schlachcic, Berlin W. 35**, Steglitzerstraße[…] Rollendorf 3842.

Schwarze Maschinenschrauben, ca. 10 000 kg, 5 bis 25 mm stark, […] außergewöhnl. billigen […] von M. 5,50 p. kg abzugeben. **Aug. Teuber Bln.-Friedrichsfelde**, Friedrichstr. 37/38. […]

Elektromotoren preiswert. **Leffer** Wilhelmsaue 5, Pfbg. 5245.

Verkaufe **180 Räder** 0[…], ca. **1500 gedrehte** Ketten[…] à 168 cm lang, ca. 250 **Ortscheite**, ca. 1000 Rohr[…] **geschoßkörbe**, geeignet als Transportkörbe. **Else […] Wittenberg**, Bezirk […] Bachstr. 6. Fernspr. […]

Vulcanfibre
liefert prompt und preiswert
Electrisola, Berlin W. 50, Kurfürstendamm 1[…]

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Seidenstoffe, nur äußerst preisw. kaufe. Musteroff. erb. **Schönow**, Lehninerstr. 9.

Packriemen, jeden Posten, alt u. neu, aus freigegeb. Heeresbest. kauft **Goldstein**, Gormannstr. 24.

Zwecks Einrichtung gesucht:
1 Shaping 500, Hobelmaschine, kleine, mittl., gr. Fräsmasch., horiz. Fläch. Schleif-Masch., Drehbank, 1,5 m, mech. Bank, Schnellbohr-Masch. Off. u. **O. Z. 9555** an **Rudolf Mosse**, Frankfurter Str. 101.

Lederabfälle, Unterlederabf. u. sämisch Lederabf. nach Sorten getrennt mehrere Waggons zu kaufen gesucht. Ausf. Angeb. m. äuß. Preisen u. **Ko. L. 362** an **Rudolf Mosse**, Köpenickerstraße 67/68.

Kaffee
Jede Menge.
Thomann,
Hannover, Baumbachstr. 8.

Büro-Einrichtung, hell Eiche, zu kaufen gesucht.
F. Wodtke, Spedition u. Möbeltransport, Berlin SW. 61, Teltower Strasse 48.

2 Stck. Benzol- oder Dieselmotore in stehender Ausführ. m. Gleichstrom-Dynamo 180 Volt 200 Amp. und 270 Volt 200 Ampr. als Lichtmaschinen auf sofort gesucht. Angebote unter **K.L. 1711** an **Ala**-Haasenstein & Vogler, Kassel.

Zu kaufen gesucht alt oder neu, der erste Band 1920/21, **Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften.** Off. unt. **11123** an **Ala**, Bln. W. 35.

Sauerstoff-Flaschen. Gebrauchte Stahlflaschen, 40 Ltr. Inhalt, 150 Atm. zu kaufen gewünscht. Off. unt. „Flaschen 4764" an **Ohme's Bureau**, Kristiania, Norwegen.

Kniehebel-Prägepresse
mit Kraftantrieb u. automatisch ausfahrb. Tisch, 40—50 mm Hub, **zu kaufen gesucht.** Eilanträge zu richten an **Goth. Hotel Exzelsior**, Zimmer Nr. 347.

Spezial-Fabrik
in Torten-Servietten, Papier-Servietten, wird gesucht. Antwort unter Chiffre **„Billig Nr. 35452"** an **Gumaelius Annoncen-Bureau, Kristiania.**

Gut erhaltener Wasserröhrenkessel,
ca. 300 qm Heizfläche, 12—13 Atm. Betriebsdruck, mit Treppenrostvorfeuerung, einschließl. aller groben und feinen **Armaturen** und evtl. **Speisevorrichtung**, **sofort zu kaufen gesucht.** Gefl. Angebote mit Zeichnung und Beschreibung unter **J. E. 8617** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Kesselwagen
zu kaufen oder zu mieten gesucht.
Es kommen neue u. gebr., aber guterhalt. 15—19 cbm Wagen in Frage, geeign. z. Transport v. Mineralölen u. Naphthaprodukt. Angeb. m. genauer Beschreibg., Standort u. evtl. Betriebs-Nr. d. Wagen sowie äußersten Preis unter **J. M. 8043** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**